

Der Nahostkonflikt als Katalysator

Ausgabe #7

Antisemitismus und (antimuslimischer) Rassismus in der Migrationsgesellschaft	8
Instrumentalisierung des Nahostkonflikts durch extremistische Gruppen	24
Auswirkungen auf die Präventionsarbeit	44

Der Nahostkonflikt als Katalysator

Antisemitismus, Rassismus und
Radikalisierung in Deutschland

Disclaimer

Die in der Schriftenreihe *Ligante* veröffentlichten Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der BAG RelEx wider. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Inhalt

Einleitung	4
Antisemitismus und (antimuslimischer) Rassismus in der Migrationsgesellschaft	8
<hr/>	
Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober	9
Historische Kontinuitäten, Erscheinungsdimensionen und empirische Befunde	
Marina Chernivsky und Prof. Dr. Friederike Lorenz-Sinai	
Muslimfeindlichkeit in Deutschland	16
Ein gesellschaftliches Lagebild	
Dr. Yasemin El-Menouar	
Instrumentalisierung des Nahostkonflikts durch extremistische Gruppen	24
<hr/>	
Spaltung statt Einheit	25
Die Reaktionen internationaler islamistisch-extremistischer Gruppierungen auf den 7. Oktober und den Krieg zwischen Israel und der Hamas	
Jakob Guhl	
Instrumentalisierung des Nahostkonflikts in den sozialen Medien	32
Eine Betrachtung der islamistischen Kanalgruppe der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE)	
Dr. Friedhelm Hartwig	
Aktuelle Instrumentalisierungen des Nahostkonflikts	38
Ein phänomenübergreifender Vergleich	
Dr. Piotr Suder und Tariq N. Butt	
Auswirkungen auf die Präventionsarbeit	44
<hr/>	
Zwischen Polarisierung und Chance	45
Islamismusprävention nach dem 7. Oktober	
Ulrike Hoole und Axel Schurbohm	
Auswirkungen des Anschlags vom 7. Oktober 2023 an Schulen	52
Einblicke in die Arbeit der Praxisstelle Bildung und Beratung gegen Antisemitismus	
Désirée Galert	
Über die BAG RelEx	58
<hr/>	
Die BAG RelEx	59
Wer macht was und wo?	60
Impressum	64

Einleitung

Liebe Leser*innen,

der Nahostkonflikt wird immer wieder von islamistischen Gruppen und Akteuren aufgegriffen und für ihre Zwecke instrumentalisiert. Besondere Brisanz erlangte das Thema durch den Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, die sich daran anschließende militärische Offensive Israels und den Krieg in Gaza und Israel. Diese jüngste Eskalation des Nahostkonflikts beschäftigt auch die Gesellschaft in Deutschland auf unterschiedlichen Ebenen. Sie spiegelt sich nicht zuletzt in öffentlichen Debatten, Talkshows oder Diskussionen im Klassenraum wider und befeuert antisemitische, aber auch antimuslimisch-rassistische Narrative. Die zum Teil sehr polarisierend und emotional geführten Auseinandersetzungen sowie der gesellschaftliche Umgang mit dem Konflikt in Deutschland haben auch Auswirkungen auf die Prävention von religiös begründetem Extremismus. Aus diesem Grund widmen wir uns in der *Ligante*#7 dem Nahostkonflikt und seinen Auswirkungen auf das Radikalisierungsgeschehen, die Demokratieförderung sowie auf die Präventionsarbeit in Deutschland.

Zum Einstieg in den Themenkomplex werden die beiden Phänomene Antisemitismus und (antimuslimischer) Rassismus in der Migrationsgesellschaft beleuchtet. Zunächst stellen Marina Chernivsky (Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung; OFEK e. V.) und Prof. Dr. Friederike Lorenz-Sinai (Fachhochschule Potsdam) Erscheinungsformen und historische Kontinuitäten von Antisemitismus dar, bevor sie anhand von Befunden aus einer qualitativen Studie die Auswirkungen des 7. Oktobers 2023 auf jüdische und israelische Communitys in Deutschland in den Blick nehmen. Im darauffolgenden Artikel betont Dr. Yasemin El-Menouar (Bertelsmann Stiftung), dass antimuslimische Ressentiments bereits vor der jüngsten Eskalation im Nahen Osten stark verbreitet waren, durch die seit dem 7. Oktober stark aufgeheizte Situation jedoch weiter verstärkt werden könnten. Sie plädiert dafür, insbesondere in dieser Situation Muslimfeindlichkeit und Antisemitismus nicht gegeneinander auszuspielen.

Im zweiten Kapitel werden die Auswirkungen des Nahostkonflikts und des Kriegs in Gaza und Israel auf das Radikalisierungsgeschehen thematisiert und dabei spezifische extremistische bzw. antidemokratische Gruppen in den Fokus genommen. In Artikel drei analysiert Jakob Guhl (Institute for Strategic Dialogue) die Reaktionen internationaler islamistisch-extremistischer Gruppierungen auf den 7. Oktober und schlussfolgert, dass sich bei genauerer Betrachtung eine Vielzahl ideologischer, politischer und taktischer Unterschiede zwischen diesen Bewegungen

offenbart. Im vierten Artikel legt Dr. Friedhelm Hartwig (modus|zad) den Fokus auf die Instrumentalisierung des Nahostkonflikts in den sozialen Medien und diskutiert, wie der Nahostkonflikt von in Deutschland aktiven islamistischen Akteuren aufgegriffen wird. Dabei konstatiert er, dass es sich bei dem Nahostkonflikt um ein wiederkehrendes Thema handelt, und geht auf zentrale Narrative und Entwicklungen ein. Dass nicht nur islamistische Akteure den Nahostkonflikt für ihre Zwecke nutzen, wird in Artikel fünf von Dr. Piotr Suder und Tariq N. Butt (ExPO, IFAK e. V.) aufgegriffen. Sie nehmen eine phänomenübergreifende Perspektive ein und beleuchten die Instrumentalisierung des Nahostkonflikts durch Gruppen aus dem islamistischen und rechtsextremen Lager sowie der militanten Linken.

Mit dem dritten Kapitel wendet sich die *Ligante#7* der Präventionspraxis zu. In Artikel sechs geben Ulrike Hoole und Axel Schurbohm (BAG RelEx) einen Überblick über die Auswirkungen der jüngsten Eskalation des Nahostkonflikts auf die verschiedenen Arbeitsbereiche der Radikalisierungsprävention. Abschließend geht Désirée Galert (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus KIgA e. V.) auf die Herausforderungen ein, vor denen Präventionsakteure speziell an Schulen stehen. Dabei erläutert sie Fallstricke sowie Umgangsformen und pädagogische Ansätze, die sich im Umgang mit dem Thema „Nahostkonflikt“ als sinnvoll erwiesen haben.

Die *Ligante#7* zeigt, dass die Anschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 sowie der aktuelle Krieg in Gaza und Israel nicht nur geopolitische, sondern auch tiefgreifende gesellschaftliche Auswirkungen in Deutschland haben. Die Autor*innen untersuchen Antisemitismus und (antimuslimischen) Rassismus sowie die Instrumentalisierungen der Geschehnisse durch extremistische Gruppen. Mit Blick auf die Präventionspraxis werden Strategien und Ansätze aufgezeigt, um diesen Herausforderungen wirksam zu begegnen und einen konstruktiven Umgang mit dem Nahostkonflikt zu fördern. Mit der *Ligante#7* wollen wir die Bedeutung einer differenzierten Auseinandersetzung unterstreichen, um Ressentiments und Radikalisierung präventiv zu adressieren und das demokratische Miteinander in Deutschland zu stärken.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Die Koordination der BAG RelEx
Oktober 2024





Antisemitismus und (antimuslimi- scher) Rassismus in der Migrations- gesellschaft

Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober

Historische Kontinuitäten, Erscheinungsdimensionen und empirische Befunde

Marina Chernivsky, Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung sowie OFEK e. V., und Prof. Dr. Friederike Lorenz-Sinai, Fachhochschule Potsdam

Antisemitismus ist in der Menschheitsgeschichte eine der ältesten Formen von gruppenbezogener Gewaltpraxis, die sich in unterschiedlichen historischen und gesellschaftlichen Kontexten fortlaufend aktualisiert. Als flexibles und identitätsstiftendes Feindbild wird das antisemitische Ressentiment insbesondere im Kontext gesellschaftlicher Krisen virulent. Der vorliegende Artikel führt in die aktuellen Dispositionen des Antisemitismus ein. Dafür wird eine Begriffsbestimmung vorgenommen und Erscheinungsdimensionen werden ausgelotet. Danach vertiefen wir aktuelle antisemitische Dynamiken aus jüdischen Perspektiven anhand von Befunden aus einer qualitativen Studie zu den Auswirkungen des 7. Oktobers 2023 auf jüdische und israelische Communitys in Deutschland.

Antisemitismus – eine Begriffsbestimmung

Erscheinungsdimensionen

Nach der vorchristlichen antiken Judenfeindschaft ist der christliche Antijudaismus eine der ältesten Quellen der Judenfeindschaft (Botsch, 2014). Die klassischen Strukturmerkmale der Judenfeindschaft wurzeln in religiösen Stereotypen und in der christlich-jüdischen Distinktion. Sie bleiben aufgrund ihrer gleichbleibenden Funktionalität und ideologischen Anteile über Jahrhunderte hinweg erhalten. Ab dem Mittelalter entwickelten sich weitere soziale, kulturelle, politische und rassistische Formen des Antisemitismus. Die verschiedenen Ideologieelemente verbanden sich in der politischen Radikalisierung und rassistischen Pseudowissenschaft des Antisemitismus im 20. Jahrhundert und grundierten die Verfolgung und Vernichtung von Jüdinnen und Juden in der Shoah. Der moderne (politische) Antisemitismus des 19. Jahrhunderts löste die religiöse Judenfeindschaft jedoch nicht auf, beide Dimensionen tradieren sich bis in die Gegenwartsgesellschaft hinein (ebd.).

Der Angriff auf Israel und das Massaker vom 7. Oktober sowie der Krieg zwischen Israel und der Hamas in Gaza haben auch in Deutschland massive Auswirkungen auf die jüdischen und israelischen Communitys.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus entwickelte sich der *Post-Shoah-Antisemitismus*, der keine gänzlich neue Form des Antisemitismus darstellt, sondern eine Verwobenheit von klassischem Antisemitismus mit Elementen der postnationalsozialistischen Schuldabwehr (Salzborn, 2020). Im Kern der Abwehr steht die Idee, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Massenmord an Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus die nationale deutsche Identität diffamiere (Bergmann, 2006). Im dominanzgesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit zeigt sich eine Dissonanz zwischen der öffentlichen Anerkennung einerseits und den verbreiteten innerfamiliären Abwehr- und Verteidigungserzählungen andererseits (Lorenz-Sinai, 2022). Dieses Spannungsverhältnis erzeugt Aggression und verstärkt die Aversion, Ablehnung und den Hass gegenüber Jüdinnen und Juden (Chernivsky, 2017).

Eine zentrale Funktion des *Post-Shoah-Antisemitismus* ist dabei die Ermöglichung eines Abwehrverhältnisses zum Nationalsozialismus als Versuch, die „Geschichte dadurch abzuschließen, dass man die Opfer diskreditiert und sich selbst in eine Position sekundärer Unschuld versetzt“ (Messerschmidt, 2014, S. 67). Dabei wird Jüdinnen und Juden zum einen die Mitschuld an ihrer eigenen Verfolgung angelastet, zum anderen wird ihnen im Kontext des Nahostkonfliktes ein kollektiver Täterstatus zugeschrieben (Chernivsky, 2017).

So speist sich auch der *israelbezogene Antisemitismus* aus den klassischen, modernen und sekundäranisemitischen Dimensionen und greift den Staat Israel stellvertretend für alle Jüdinnen und Juden an. Die Zuschreibung der einseitigen Schuld am Nahostkonflikt und der ultimativen Täterschaft bildet die Struktur des israelbezogenen Antisemitismus. Diese antisemitische Dimension zeigt sich in einer rigiden Ablehnung des Staates Israel, in der Dämonisierung sowie Delegitimierung seiner Existenz oder in der Gleichsetzung der israelischen Politik mit der Ideologie und Politik im Nationalsozialismus (u. a. Rensmann, 2021). Dabei handelt es sich um eine spezifisch deutsche, postnationalsozialistische Moralkommunikation (Bergmann & Erb, 1991), aber auch um eine global wirksame antiimperialistische (antizionistische) Ideologie und Weltanschauung (Holz & Haury, 2021).

Marina Chernivsky

ist Psychologin und Verhaltenswissenschaftlerin. Sie forscht zu Antisemitismus in Institutionen und leitet das von ihr gegründete Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung sowie die Beratungsstelle OFEK e. V. Bis 2017 war sie Mitglied im Zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages und ist Mitherausgeberin des 2017 erschienenen Antisemitismusberichts.

Prof. Dr. Friederike Lorenz-Sinai

ist Erziehungswissenschaftlerin und Sozialarbeiterin und hat die Professur für Methoden der Sozialen Arbeit und Sozialarbeitsforschung am Fachbereich Sozial- und Bildungswissenschaften der Fachhochschule Potsdam inne. Sie forscht zu Antisemitismus als biografische Erfahrung und in institutionellen Kontexten, zur Aufarbeitung von (sexualisierter) Gewalt sowie zum Alltagserleben im Strafvollzug.

Beide Autorinnen forschen am gemeinsamen Bereich des Kompetenzzentrums für antisemitismuskritische Bildung und Forschung und der FH Potsdam im Rahmen einer institutionalisierten Forschungs Kooperation.





Definitive Zugänge

Der Begriff Antisemitismus steht als Sammelbezeichnung für alle Formen der Judenfeindschaft. Deshalb ist es wichtig, die Entstehungskonstellationen wie auch Funktionen des Antisemitismus stets in ihrer sozialen (Dis-)Kontinuität zu betrachten, um einer begrifflichen Unschärfe vorzubeugen. Weder das antike Bild von Jüdinnen und Juden, das sich zwischen Idealisierung und Ablehnung bewegt, noch die spätere christliche Judenfeindschaft oder der nationalistische und rassistische Antisemitismus sind allein durch abstrakte historische Kontinuitäten zu erklären. Auch die unterschiedlich ausgeprägte Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft, sich an der Verfolgung von Jüdinnen und Juden zu beteiligen, erklärt den Fortbestand antisemitischer Ideologien.

Antisemitismus kann als Ressentiment, Verschwörung, Hass sowie als Alltagsdiskriminierung, politische Agitation, kollektive und staatliche Gewalt bis hin zur Vernichtung umschrieben werden (Fein, 1987, S. 67). Antisemitismus entfaltet sich immer aus der jeweiligen Gesellschaft heraus, die ihn hervorbringt, und spiegelt gleichzeitig den Stand ebenjener Gesellschaft wider (Goldenbogen & Kleinmann, 2021, S. 11). Tief in der europäischen Geschichte verwurzelt, stellt Antisemitismus zudem eine Art Bekenntnis zu einer antiaufklärerischen, völkisch-nationalistischen, antidemokratischen Gesellschaftsform dar (Volkov, 2000, S. 25 f.). Die antisemitischen Topoi der „Übermacht“, der „Illoyalität“ oder „Fremdartigkeit“ fundieren das antimoderne antisemitische Weltbild und führen dazu, die komplexen gesellschaftlichen Verhältnisse in Form einer angeblichen „jüdischen



Macht“ entlarven zu wollen (Rensmann, 2013, S. 164). Das Verständnis von Antisemitismus als sozial hergestellter Konstruktion ist dabei zentral; daran zeigt sich, dass Antisemitismus unabhängig von der Präsenz oder dem Verhalten von Jüdinnen und Juden existiert und als Projektion auf alles Jüdische zu verstehen ist. Die (psychische) Triebkraft des Antisemitismus ist im Affekthaushalt seiner Träger*innen verankert. Das Motiv ist oft eine bis zum Hass reichende (kollektive) Aversion, die durch soziale Dynamiken befeuert und unter Umständen gewaltsam zum Ausdruck gebracht wird (Pohl, 2010, S. 41 f.).

Antisemitismus richtet sich gegen Jüdinnen und Juden, jüdische Einrichtungen sowie gegen als jüdisch markierte Personen oder Gruppen wie auch gegen den Staat Israel und manifestiert sich in allen gesellschaftlichen Bereichen und Milieus. Das antisemitische Ressentiment verbleibt nie auf der abstrakten Einstellungsebene, sondern liefert die Begründung für alltägliche und strukturelle Diffamierung, Beleidigung, Bedrängung, Bedrohung, Unterdrückung bis hin zu extremer Gewalt, Gewaltverherrlichung und Terroranschlägen. Die Beständigkeit antisemitisch motivierter Übergriffe, Straftaten und Anschläge zeugt von der ungebrochenen Wirkmächtigkeit des Antisemitismus als Gewalt- und Diskriminierungspraxis (Chernivsky & Lorenz-Sinai, 2022). Gleichwohl rückt das Verständnis von Antisemitismus als Alltagserfahrung erst seit wenigen Jahren ins Blickfeld der Forschung (Zick et al., 2017). Die Hinwendung zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus gilt als eine paradigmatisch neue Entwicklung im Antisemitismuskurs (Goldenbogen & Kleinmann, 2021).

Antisemitismuserfahrungen nach dem 7. Oktober

Der Angriff auf Israel und das Massaker vom 7. Oktober sowie der Krieg zwischen Israel und der Hamas in Gaza haben auch in Deutschland massive Auswirkungen auf die jüdischen und israelischen Communitys. Auch wenn sich dieser Terroranschlag gegen die Zivilbevölkerung in die Reihe anderer Anschläge einfügt, wird dieser Angriff in seiner Qualität als besonders schwerwiegend eingeschätzt (Hestermann, 2024). Mit ihrem gezielten, unterschiedslosen Morden, den Geiselnahmen und dem Quälen

Der betreffende Samstag wird als lebensverändernder „Einschnitt“ eingeordnet, der die Wahrnehmung der Gegenwart und Zukunft grundlegend verändert.

von Menschen aller Altersgruppen demonstrieren die militanten wie auch zivilen Täter ihren Vernichtungswillen. In der gesellschaftlichen Aushandlung des Terrors und Kriegs in Israel und Gaza überwiegen – auch in Deutschland – antisemitische Demonstrationen sowie Deutungen, in denen der brutale Angriff auf Zivilist*innen in Israel als Widerstand gerahmt wird. Antisemitismus in Deutschland zeigt sich seitdem wieder offener (Chernivsky & Lorenz-Sinai, 2024).

Unsere Studie¹ zu den Auswirkungen des 7. Oktobers untersucht Erfahrungen jüdischer und israelischer Communitys in Deutschland. Hierfür arbeiten wir mit erzählregenden Erhebungsverfahren (Rosenthal, 2015). Mit dem folgenden Stimulus leiten wir die narrativen Interviews und Gruppendiskussionen ein: „Welche Bedeutung hat für Dich der 7. Oktober? Was verbindet Du mit diesem Ereignis?“ Dadurch haben die Interviewten die Möglichkeit, ihren Erzählfluss selbstbestimmt zu strukturieren, ohne thematisch gelenkt zu werden (ebd.). Die bisher über 90 Interviewpartner*innen² kommen u. a. aus Deutschland, der Ukraine oder Israel. Neben Interviews mit Erwachsenen aller Altersgruppen werden auch Interviews mit Jugendlichen und Gruppendiskussionen mit jüdischen Schüler*innen geführt. Die Auswertung erfolgt über die Entwicklung eines materialumfassenden Codiersystems im Sinne der Grounded Theory (Clarke, 2012) sowie über Sequenzanalysen.

Die Interviewten beginnen ihre Eingangserzählung überwiegend mit einer detailreichen Schilderung ihres Erlebens am 7. Oktober. Der betreffende Samstag wird als lebensverändernder „Einschnitt“ eingeordnet, der die Wahrnehmung der Gegenwart und Zukunft grundlegend verändert. Interviewpartner*innen schildern, wie sie und ihre Angehörigen das Ausmaß des Angriffs erst nach und nach realisieren, dass die Menschen vor Ort schutzlos überwältigt werden und dass Sicherheitssysteme und Terrorabwehr nicht greifen. Einzelne Personen setzen ihre subjektiven Deutungen des 7. Oktobers in Verbindung mit anderen Anschlägen in Israel, nehmen Bezug auf den Überfall auf die Ukraine im Februar 2022, den Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) im Jahr 2019, den Wehrhahn-Anschlag in Düsseldorf im Jahr 2000 oder thematisieren ihre Erfahrungen mit Antisemitismus als Teil ihrer Sozialisation in ihren Herkunftsländern. Deutlich wird, wie diese Zäsur einerseits eingeordnet wird in jüdische Kollektiverfahrungen historischer Verfolgung und vergangener Terroranschläge. Andererseits wirkt der Anschlag als neue Erschütterung, bei deren Verarbeitung bisherige Praktiken der Bewältigung nicht greifen. Dieser Umstand begründet sich auch aus der paradoxen Situation, in der sich die Studienteilnehmenden befinden: Sie sehen sich einem eliminatorisch-antisemitischen Angriff in Israel ausgesetzt. Zugleich erleben sie, wie ihnen selbst und anderen Jüdinnen und Juden in den weltweiten Reaktionen auf den Angriff die Schuld dafür zugewiesen wird und die Täter entlastet werden.

„Eine genozidale Botschaft“ – Auswirkungen kollektiv-antisemitischer Gewalt

Terroranschläge stellen eine Form extremer Gewalt dar. Der Angriff vom 7. Oktober auf Israel sendet eine eliminatorisch-antisemitische Botschaft, die durch die regelmäßig veröffentlichten Videos der gequälten Geiseln psychologisch weiter inszeniert wird. Ein Interviewpartner fasst dies wie folgt in Worte:

„[I]ch würde eigentlich diesen Angriff auch so beschreiben [...], dass eine genozidale Botschaft gesendet wurde an (...) die Juden und Jüdinnen weltweit so auch verstanden haben.“ (Interviewpartner, Ende 20)

Deutlich wird hier ein Erfahrungswissen in verschiedenen historischen Kontexten. So erinnern Interviewpartner*innen, wie sie sofort nach dem Anschlag an seine Folgen denken mussten – für Israel, für jüdische Communitys weltweit und für die Zivilbevölkerung in Gaza. Viele schildern, dass sie emotional noch mit diesem Tag verhaftet sind. Die Zeit sei seitdem gefühlt „stehen geblieben“ und fühle sich an wie ein „nicht zu Ende“ gehender „Albtraum“. Interviewpartner*innen ordnen das Ausmaß der Gewalt im Sinne eines Zivilisationsbruches ein, als „die unterste Schublade an Grausamkeit, was Menschen anderen Menschen antun können“ (Interviewpartnerin, Anfang 40). Geschildert wird auch eine grundlegende Differenzenerfahrung zum nicht jüdischen Umfeld in der Deutung der Ereignisse.

„[M]any things happened in our lives as Israelis or Jews or Jewish Israelis (...) but we we never imagined anything even close to the scale [...] we thought we were very very safe where we were I mean it's a relative thing but we thought we were protected by our own systems [...] we have other traumas but in our living lifetimes in this Generation (...) yeah I don't think anything in this relation to my connection to Israel and my family being there my friends being there, I don't think anything will ever be the same.“ (Interview 11)

Dieser Interviewpartner deutet andere Traumata als Teil kollektivbiografischer Erfahrungen vorheriger Generationen an. Für seine Generation ordnet er das Ausmaß des 7. Oktobers als zuvor unvorstellbar ein. Die Erfahrungswelt in Bezug auf den 7. Oktober teilt er in ein Davor und Danach. Einen Großteil der Interviewten beschäftigt zudem die Frage der Auswanderung. Manche beschreiben, dass sie erstmalig eine Aliyah³ ernsthaft in Erwägung ziehen. Zugleich thematisieren einige, insbesondere jene, die bereits als Kinder oder Erwachsene aus der Ukraine migriert sind, ihre Einschätzung, aktuell nirgendwo hinzukönnen.

1 Die bundesweite Studie wurde ermöglicht durch die Förderung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes: <https://zwst-kompetenzzentrum.de/auswirkungen-des-terrors-in-israel-seit-dem-7-10-23-auf-jued-community-in-dl/> [10.07.2024].

2 Stand der Erhebungen: Juni 2024.

3 Der Begriff Aliyah (Hebräisch für „Aufstieg“) bezeichnet die Einwanderung von Jüdinnen und Juden nach Israel als Land der Vorfahr*innen.

Reaktionen des privaten und beruflichen Umfelds

Studienteilnehmer*innen thematisieren ähnliche Reaktionen ihres nicht jüdischen Umfelds auf das Massaker und den Krieg in Israel und Gaza. Unmittelbar nach dem 7. Oktober erleben einzelne Interviewpartner*innen mitfühlende Nachfragen und Reaktionen, die sie als wichtig und wohlthuend hervorheben. Als schmerzhaft beschreiben zahlreiche Personen die geteilte Erfahrung des „Solidaritätsentzug[s]“. In ihrer Wahrnehmung wird ihr Schmerz durch das nicht jüdische Umfeld vorwiegend ignoriert. Jedoch werden sie im persönlichen Kontakt, in privaten Situationen und auf sozialen Netzwerken mit rigorosen Statements zum Nahostkonflikt konfrontiert und teilweise bedrängt. Geschildert werden Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz und im Rahmen des Studiums. Sicherheitsbedürfnisse werden ignoriert und eine Auseinandersetzung mit gemeldeten antisemitischen Äußerungen explizit verweigert. Viele Interviewte berichten von verkleinerten Netzwerken und Freundeskreisen. Teilweise enden Freundschaften infolge des 7. Oktobers, wie es im folgenden Auszug aus einer Gruppendiskussion mit jüdischen Religionslehrer*innen deutlich wird:

*„[O]ft werden solche Entscheidungen ja auch von den Leuten getroffen, ohne es zu thematisieren, also bei mir ist es so, ich hatte noch aus der Zeit, bevor ich an der Schule gearbeitet hab, habe ich 10 Jahre an der Uni [...] unterrichtet, hatte ein großes Netzwerk in [Ort] und da sind 95 Prozent weggebrochen seit dem 7. Oktober (.) also Leute, die mich auf Facebook entfreundet haben, die E-Mails nicht mehr beantwortet [...], auch Leute, mit denen ich noch Kontakt habe, auch komplett ignorieren, also die sich verhalten, als wäre nichts passiert (.) Nachbarn, die sich verhalten, als wäre nichts passiert, obwohl allen im Haus klar ist, dass wir jüdisch sind [...], was ich sehr bedrückend fand, sind nicht unbedingt die propalästinensischen Demos, sondern die ganzen Leute, die einfach nichts tun ((mehrere stimmen zu)), so tun, als wäre gar nichts gewesen [...].“ (Gruppendiskussion mit jüdischen Religionslehrer*innen)*

Die Ablehnungserfahrung nach dem 7. Oktober ist weitreichend: Sie umspannt die digitalen und beruflichen Kontakte bis hin zu den unmittelbaren Nachbar*innen. Die Zustimmung aus der genannten Diskussionsrunde weist dieses Erleben als kollektiv geteilte Erfahrung aus.

Resümee

Anhand der Interviews wird deutlich, dass die Zäsur des 7. Oktobers durch das soziale Umfeld verstärkt wird. Jahrzehntlang wurde Antisemitismus eher abstrakt als biografisch wirksam eingeordnet. Antisemitische Strukturen treffen jedoch real existierende Menschen und bringen generationsübergreifend weitreichende Effekte hervor. Eine Perspektive auf Antisemitismus als Teil sozialer Praxis und als biografische Erfahrungskategorie ist daher grundlegend für definitorische Bestimmungsversuche. Denn eine theoretische Bezugnahme auf Antisemitismus als vermeintliche Frage von Meinungen oder politischen Positionen geht oft einher mit einer Vorstellung von jüdischer Abwesenheit. Deutlich wird dies aktuell in der indifferenten bis affektiven Bezugnahme auf den Terror und Krieg in Israel und Gaza sowie in der offenen wie subtilen antisemitischen Gewalt. Antisemitismus triggert traumatische Erfahrungen, schränkt die Teilhabe von Jüdinnen und Juden am gesellschaftlichen Alltagsleben und ihre Zukunftsperspektiven ein. Die vorherrschende Perspektive auf Antisemitismus im Kontext von abstrakten Einstellungen oder vereinzelt Vorfällen lässt sich durch eine konsequente Subjektorientierung erweitern, mit der eine Beziehung zu antisemitischen Realitäten von Jüdinnen und Juden in der Gegenwartsgesellschaft hergestellt wird. Dass die Frage nach der Definition, Relevanz und Virulenz des Antisemitismus nicht losgelöst davon beantwortet werden kann, *wer* und *wen* die Bestimmung trifft, ist eine paradigmatisch neue Sichtweise in der Diskussion und Forschung zu Antisemitismus.

Literatur

- Bergmann, Werner (2006).** „Nicht immer als Tätervolk dastehen“. Zum Phänomen des Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland. In Dirk Ansoerge (Hrsg.), *Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt* (S. 81–106). Paderborn/Frankfurt a. M.: Bonifatius-Verlag.
- Bergmann, Werner & Erb, Rainer (1991).** „Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm“. Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43(3), S. 502–519.
- Botsch, Gideon (2014).** Von der Judenfeindschaft zum Antisemitismus. Ein historischer Überblick. Aus *Politik und Zeitgeschichte* (APuZ), 64(28–30), S. 10–17.
- Chernivsky, Marina & Lorenz-Sinai, Friederike (2022).** Perspektivendivergenz in der Antizipation und Einordnung antisemitischer Gewalt im Kontext Schule. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland*. APuZ, Bd. 10799, S. 252–262.
- Chernivsky, Marina & Lorenz-Sinai, Friederike (2024).** Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities in Deutschland. APuZ, 74(25–26), S. 19–24.
- Chernivsky, Marina (2017).** Biografisch geprägte Perspektiven auf Antisemitismus. In Meron Mendel & Astrid Messerschmidt (Hrsg.), *Fragiler Konsens – Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft*. Frankfurt a. M., S. 269–280.
- Clarke, Adele (2012).** Situationsanalyse – Grounded Theory nach dem Postmodern Turn. Herausgegeben und mit einem Vorwort von Reiner Keller. Springer VS: Wiesbaden.
- Goldenbogen, Anne & Kleinmann, Sarah (2021).** Aktueller Antisemitismus in Deutschland. Verflechtungen, Diskurse, Befunde. Abgerufen von: <https://www.rosalux.de/publikation/id/43659/aktueller-antisemitismus-in-deutschland> [21.06.2024].
- Gromova, Alina (2021).** End-Gendering jüdische Migration. Narrative jüdischer Frauen mit sowjetischer Erfahrung in Deutschland nach 1990. Abgerufen von: www.bpb.de/326606 [21.06.2024].
- Fein, Helen (1987).** Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations, and Actions. In Helene Fein (Hrsg.), *The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism*. Berlin/New York, S. 67–85.
- Hestermann, Jenny (2024).** Traumatisiert. Die israelische Gesellschaft nach dem 7. Oktober. APuZ, 74(12), S. 8–11.
- Holz, Klaus & Haury, Thomas (2021).** Antisemitismus gegen Israel. Hamburg: Hamburger Edition.
- Lorenz-Sinai, Friederike (2022).** Gefühlserbschaften und Narrative von Lehrer:innen zur Shoah. In Marina Chernivsky & Friederike Lorenz-Sinai (Hrsg.), *Die Shoah in Bildung und Erziehung heute – Weitergaben und Wirkungen in Gegenwartsverhältnissen*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 101–118.
- Messerschmidt, Astrid (2014).** (Un)Sagbares – Über die Thematisierbarkeit von Rassismus und Antisemitismus im Kontext postkolonialer und postnationalistischer Verhältnisse. In Marina Chernivsky, Christiane Friedrich & Jana Scheuring (Hrsg.), *Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung – Neue Wege zur Kompetenzerweiterung*. Frankfurt a. M.: Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., S. 60–79.
- Pohl, Rolf (2010).** Der antisemitische Wahn. Aktuelle Ansätze zur Psychoanalyse einer sozialen Pathologie. In Wolfram Stender, Guido Follert & Mihri Özdoğan (Hrsg.), *Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis*. Wiesbaden: Springer VS, S. 41–68.
- Rensmann, Lars (2013).** Die Ausgrenzung des Eigenen und die Exklusion der Anderen: Zur Politischen Psychologie des Antisemitismus heute. *Psychoanalyse: Texte zur Sozialforschung* 9(2), S. 156–190.
- Rensmann, Lars (2021).** Israelbezogener Antisemitismus. Formen, Geschichte, empirische Befunde. Dossier Antisemitismus. Bundeszentrale für Politische Bildung. Abgerufen von: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/326790/israelbezogener-antisemitismus> [21.06.2024].
- Rosenthal, Gabriele (2015).** Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. Weinheim: Beltz Juventa.
- Salzborn, Samuel (2020).** Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern. Leipzig: Hentrich & Hentrich.

Muslimfeindlichkeit in Deutschland

Ein gesellschaftliches Lagebild

**Dr. Yasemin El-Menouar,
Bertelsmann Stiftung**

Die antisemitischen und antimuslimischen Vorfälle, die nach dem 7. Oktober 2023 verstärkt auftraten, zeigen, dass die Religionsfreiheit als eines der wichtigsten Grundrechte in Deutschland unter Druck steht. In den zwei Monaten nach der Eskalation im Nahen Osten gab es fast so viele antisemitische Übergriffe wie im gesamten Jahr 2022. Auch antimuslimische Delikte nahmen deutlich zu. Im Jahr 2023 registrierte die Polizei 1464 islamfeindliche Straftaten – mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr, in dem 610 Delikte dokumentiert wurden (BMI, 2024). Besonders stark stieg die Zahl nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober. Zudem wurden insgesamt 1926 antimuslimische Vorfälle seitens der Beratungsstellen dokumentiert, an die sich Betroffene gewandt haben (CLAIM, 2024). Dabei ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, da nur ein Bruchteil der antimuslimischen Vorfälle gemeldet wird (UEM, 2023).

Eine im Dezember veröffentlichte Auswertung des Religionsmonitors (El-Menouar & Vopel, 2023) zeigt, wie stark antisemitische und antimuslimische Ressentiments bereits vor den Ereignissen des 7. Oktobers in Deutschland verbreitet waren und damit einen gefährlichen Nährboden für Ausschreitungen und Übergriffe bieten. Im Spätsommer 2022 stimmten rund 40 Prozent der Befragten antisemitischen Aussagen mit Israelbezug zu, und etwa jede*r Zweite teilte antimuslimische Aussagen. Es ist zu befürchten, dass beide Formen menschenfeindlicher Einstellungen seither weiter an Zustimmung gewonnen haben.

Die in ihnen wirkenden Vorurteilsstrukturen unterscheiden sich: Während Antisemitismus den Einfluss von Jüdinnen und Juden verschwörungsideologisch überhöht, steht hinter Muslimfeindlichkeit oft die pauschale Annahme einer Rückständigkeit sowie Bedrohlichkeit von Menschen, die als muslimisch wahrgenommen werden. Der im Sommer 2023 veröffentlichte Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM) hält fest, dass dadurch bewusst oder unbewusst eine „Fremdheit“ oder Feindseligkeit konstruiert werde. Dies könne zu vielschichtigen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozessen führen, die bis hin zu Gewaltanwendungen reichen können.

Eine Verortung des Islamismus innerhalb des muslimischen Mainstreams rückt ihn unzulässig in die gesellschaftliche Mitte und trägt damit zu einer Stärkung dieser religiös verbrämten Ideologie bei.

Der vorliegende Beitrag widmet sich der Muslim*innenfeindlichkeit und nimmt dabei erstens die Einstellungen in der deutschen Bevölkerung gegenüber dem Islam und den Muslim*innen anhand der Daten des Religionsmonitors 2023 genauer in den Blick. Zweitens wird der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen das antimuslimische Klima auf die muslimische Bevölkerung hat. Dem ist der UEM – in dem ich ebenfalls Mitglied war – teils mit eigenen Auftragsstudien nachgegangen. Die Daten wurden vor dem Angriff der Hamas im Oktober 2023 und dem dadurch weiter eskalieren Krieg in Nahost erhoben. Sie werfen aber ein Licht auf das gesellschaftliche Klima und wichtige zugrundeliegende Faktoren, die helfen, die seit dem 7. Oktober aufgeflamten Debatten zum Thema besser einzuordnen.

Antimuslimische Vorbehalte in Deutschland

Eine Mehrheit der Bevölkerung (52 Prozent) sieht im Islam eine Bedrohung. Dieser Anteil ist seit zehn Jahren unverändert hoch (El-Menouar, 2024). Der Vergleich mit den Daten des Religionsmonitors 2013 zeigt, dass sich Vorbehalte gegenüber Muslim*innen und ihrer Religion auf einem hohen Niveau halten und mittlerweile festgesetzt haben.

Besonders deutlich wird die Sonderstellung des Islams, wenn seine Wahrnehmung mit den anderen Religionen verglichen wird. So wird in Deutschland nicht nur das Christentum, sondern auch der Buddhismus und der Hinduismus mehrheitlich als bereichernd erlebt; nur wenige – zwischen 10 und 20 Prozent der Befragten – sehen in diesen Religionen vornehmlich eine Bedrohung (El-Menouar & Vopel, 2023).

Das weitverbreitete Negativbild von Muslim*innen und ihrer Religion wird genährt durch unterschiedliche Zuschreibungen, die mit migrationspolitischen Debatten, kulturellen Wertvorstellungen sowie Fragen von religiösem Extremismus verknüpft sind. Antimuslimische Vorurteile beziehen sich häufig auf die Vorstellung der Selbstabschottung (Diekmann & Janzen, 2024). So ist in großen Teilen der nicht muslimischen Bevölkerung die Ansicht verbreitet, Muslim*innen würden lieber unter sich bleiben (74 Prozent), lebten gern in eigenen Stadtteilen (70 Prozent), seien frauenfeindlich (65 Prozent) und riefen zu Gewalt auf (48 Prozent). Dass diese Vorurteile wenig mit der Lebensrealität der muslimischen Bevölkerung gemein haben, wird durch verschiedene Studien belegt (bspw. Pfündel, Sticks & Tanis, 2021; Halm & Sauer, 2017; Becher & El-Menouar, 2013; Vopel & El-Menouar, 2015). Noch verbreiteter sind Vorurteile gegenüber dem Islam als Religion. Sie sind mit der Vorstellung verbunden, der Islam sei grundsätzlich mit „westlichen“ Werten unvereinbar und gewaltbereit. So sind rund drei Viertel der nicht muslimischen Befragten der Meinung, der Islam sei rückständig und verweigere sich neuen Realitäten. Ebenso groß ist der Anteil derer, die den Islam für frauenfeindlich halten oder glauben, islamistische Terrorist*innen fänden Rückhalt in dieser Religion.

Vorurteile sind zunächst abstrakte, pauschalisierende Vorstellungen und müssen sich nicht in abwertenden und benachteiligenden Verhaltensweisen äußern. Die Ergebnisse des Religionsmonitors weisen aber darauf hin, dass es einen engen Zusammenhang gibt zwischen negativen Stereotypen und diskriminierenden Verhaltensintentionen gegenüber der muslimischen Bevölkerung. 58 Prozent der nicht muslimischen Befragten haben ein Problem damit, in einen Stadtteil zu ziehen, in dem viele Muslim*innen leben. Dies ist bemerkenswert vor dem Hintergrund der weitverbreiteten Vorstellung, Muslim*innen würden sich selbst abschotten. Für etwa jede*n Zweite*n spielt die Religionszugehörigkeit für die Wahl eines Politikers oder einer Politikerin eine Rolle: So würden 51 Prozent eine*n Bürgermeister*in allein deswegen nicht wählen, weil sie oder er eine muslimische Religionszugehörigkeit hat. Zudem äußert mehr als jede*r Vierte die Bereitschaft, eine Partei zu wählen, die sich explizit gegen Muslim*innen richtet.

Dies belegt, dass sich negative Vorurteile auf den Alltag der muslimischen Bevölkerung auswirken können. Insbesondere die Unterstellung, Muslim*innen seien anfällig für Extremismus, hat deutliche Auswirkungen auf die Verhaltensabsicht und löst den stärksten Distanzierungsreflex aus.

Diskriminierungserfahrungen in der muslimischen Bevölkerung

Der Religionsmonitor zeigt, dass der Islam und die muslimische Bevölkerung unter Extremismusverdacht stehen, obwohl sich die Zahl der Islamist*innen unter Muslim*innen in Deutschland laut Verfassungsschutzbericht auf einem Niveau von unter 1 Prozent bewegt. Die muslimische Bevölkerung ist eine vielfältige Glaubensgemeinschaft mit unterschiedlichen Ausdrucksweisen und Glaubensverständnissen. Islamischer Extremismus steht außerhalb eines allgemein akzeptierten Glaubensspektrums und wird – auch von Muslim*innen – als eine gefährliche Randerscheinung betrachtet. Eine Verortung des Islamismus innerhalb des muslimischen Mainstreams rückt ihn unzulässig in die gesellschaftliche Mitte und trägt damit zu einer Stärkung dieser religiös verbrämten Ideologie bei. Zudem führt diese Einordnung zu einer Verunsicherung in der Öffentlichkeit und lässt breite Bevölkerungskreise daran zweifeln, ob es überhaupt noch möglich ist, zwischen von der Religionsfreiheit gedeckter religiöser Praxis und extremistischen Lesarten des Islams zu unterscheiden. Eine Gleichsetzung von Islam und Islamismus ist beispielsweise im Zusammenhang mit der Eskalation in Nahost nach dem 7. Oktober sichtbar geworden: Menschen mit familiären Bezügen nach Gaza wurden in den öffentlichen Debatten häufig pauschal in die Nähe der Hamas gerückt, was der Instrumentalisierung einiger Kundgebungen durch Extremist*innen Vorschub geleistet hat. Viele der sogenannten propalästinensischen Demonstrationen wurden pauschal verboten, was aus verfassungsrechtlicher Perspektive als problematisch eingestuft wurde (vgl. z. B. Wintermantel & Wrase, 2023). Nicht zuletzt führt dieser Generalverdacht zu Ausgrenzung und Anfeindungen von Muslim*innen und so wahrgenommenen Menschen.



Dr. Yasemin El-Menouar

ist Senior-Expertin bei der Bertelsmann Stiftung und leitet seit 2014 das Projekt Religionsmonitor, das sich mit der Rolle von Religion und religiöser Vielfalt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt befasst. Zuvor leitete die promovierte Soziologin Forschungsprojekte im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK), und forschte am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (HHU) sowie als Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Sie ist Mitglied des vom Bundesinnenministerium berufenen Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM), Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Islamkolleg e. V. (IKD) in Osnabrück sowie Gründungsmitglied der Experteninitiative Religionspolitik (EIR).



Laut einer repräsentativen Erhebung des Bundesamtes für Migration und Geflüchtete aus dem Jahr 2020 berichtet rund ein Drittel der Personen mit Wurzeln aus einem muslimisch geprägten Herkunftsland von regelmäßigen Diskriminierungserfahrungen im Alltag, die von subtilen Herabwürdigungen bis hin zu Beschimpfungen und Gewalt reichen (Stichs & Pfündel, 2023). Besonders betroffen sind Personen, die sichtbare religiöse Symbole tragen. Dies betrifft auch Lebensbereiche, die

Die antisemitischen und antimuslimischen Vorfälle, die nach dem 7. Oktober 2023 verstärkt auftraten, zeigen, dass die Religionsfreiheit als eines der wichtigsten Grundrechte in Deutschland unter Druck steht.

entscheidend für die gesellschaftliche Teilhabe sind. Insgesamt berichtet rund die Hälfte der Muslim*innen von Benachteiligungserfahrungen auf dem Wohnungsmarkt (50 Prozent), bei der Stellensuche (39 Prozent) und während der Schulzeit durch Lehrkräfte (39 Prozent) (ebd.). Dies bestätigen auch experimentelle Studien: So werden Muslim*innen beispielsweise bei gleicher Qualifikation deutlich seltener zu Bewerbungsgesprächen eingeladen (Weichselbaumer, 2016).

Eigene Analysen der Daten *Muslimische Perspektiven auf Islam- und Muslimfeindlichkeit* (Zick et al., 2023), die im Auftrag des UEM erhoben wurden, zeigen, dass überdurchschnittlich häufig junge muslimische Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren von massiven und regelmäßigen Anfeindungen berichten. Auch Frauen mit Kopftuch sind überdurchschnittlich häufig betroffen. Die Ergebnisse weisen zudem darauf hin, dass sich Diskriminierungserfahrungen auch auf die psychische Gesundheit und das Zugehörigkeitsgefühl der Betroffenen auswirken: Je stärker die Befragten nach eigenen Angaben von Muslimfeindlichkeit betroffen sind, umso häufiger berichten sie über empfundenen Stress. Diese Erlebnisse führen bei rund der Hälfte der regelmäßig Betroffenen dazu, dass sie bestimmte Orte meiden und Auswanderungsgedanken hegen – teils aus Angst, erneut überfallen zu werden (UEM, 2023). Qualitative Untersuchungen zeigen, dass muslimische Jugendliche und junge Erwachsene, die bereits in dritter und vierter Generation hier leben, teilweise mit Protest und „Reethnisierungsprozessen“ auf Ausgrenzungserfahrungen reagieren (Zick et al., 2023). In diesen Fällen wird die eigene Migrationsgeschichte neu verortet und besonders betont, was auch mit der Aneignung politischer Positionen von Akteuren aus den Herkunftsländern verbunden sein kann. Eine weitere Bewältigungsstrategie ist die Schaffung sogenannter Safe Spaces, in denen sie sich mit anderen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit ähnlichen Erfahrungen treffen, um sich über das Erlebte und ihre Sorgen auszutauschen. Beratungsstellen werden dagegen äußerst selten aufgesucht, was einerseits auf mangelnde Kenntnis und andererseits auf mangelndes Vertrauen offiziellen Stellen gegenüber zurückzuführen ist (UEM, 2023).

Persönliche Kontakte und differenziertes Wissen als Korrektiv

Welche Faktoren begünstigen antimuslimische Haltungen und wie können wir ihnen vorbeugen? Ein Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland zeigt, dass das Negativbild des Islams in Ostdeutschland mit 59 Prozent etwas stärker ausgeprägt ist (El-Menouar & Vopel, 2023). Das Bildungsniveau hat nur einen geringen dämpfenden Effekt, denn auch unter Personen mit Hochschulreife empfinden 48 Prozent den Islam als Bedrohung. Statistisch relevanter sind Altersunterschiede: Mit zunehmendem Alter wird das Islambild negativer. 63 Prozent der Personen, die 70 Jahre oder älter sind, erleben den Islam als bedrohlich, während nur ein Drittel der 16- bis 24-Jährigen den Islam als Bedrohung sieht (ebd.).

Die Ergebnisse weisen zudem darauf hin, dass sich Diskriminierungserfahrungen auch auf die psychische Gesundheit und das Zugehörigkeitsgefühl der Betroffenen auswirken.

Eine Erklärung dürfte sein, dass jüngere Menschen – in Schule, Studium und Ausbildung – eher in einem vielfältigen Umfeld aufwachsen und interreligiöse Kontakte als Normalität erleben. In die gleiche Richtung weist ein weiterer Befund des Religionsmonitors: So fällt die Wahrnehmung des Islams positiver aus, wenn in der eigenen Nachbarschaft Menschen mit Migrationshintergrund leben. Diese Ergebnisse sind eine erneute Bestätigung der sogenannten Kontakthypothese (Allport, 1954): Persönliche Begegnungen können Vorbehalte verringern. Dabei ist die Qualität des Kontakts von entscheidender Bedeutung (Pettigrew, 1998). Kontakte auf Augenhöhe wie Freundschaftskontakte sind dabei am wirksamsten und können der Entstehung von Vorbehalten vorbeugen. Wichtig ist, dass dabei gemeinsame Interessen und Ähnlichkeiten im Vordergrund stehen und weniger die Unterschiede.

Wenn persönliche Kontakte zu Muslim*innen oder Menschen mit Migrationsgeschichte fehlen, wie es in ländlichen Regionen und Teilen Ostdeutschlands der Fall ist, treten sogenannte parasoziale Kontakte an deren Stelle; bspw. ersetzen aus Medien entnommene Informationen über Muslim*innen reale Alltagserfahrungen. Dies weist auf die Bedeutung der öffentlichen und medialen Debatten für die Prägung der Bilder hin, die viele Menschen von Muslim*innen und ihrer Religion haben. Daraus lässt sich schließen, dass die verbreiteten antimuslimischen Vorurteile häufig nicht auf persönlichen Erfahrungen fußen. Eher ist diese Wahrnehmung Folge öffentlicher Debatten und einer medialen Berichterstattung, in denen der Islam und muslimisches Leben überwiegend als islamistische Gewalt zum Thema wird (UEM, 2023).

Seit dem muslimfeindlichen Attentat in Hanau im Februar 2020 und der Berufung des UEM im September desselben Jahres durch den damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer ist Muslimfeindlichkeit in Deutschland stärker in den öffentlichen Fokus gerückt. Dies zeigt sich auch in den Daten des Religionsmonitors 2023. In der deutschen Gesellschaft finden antimuslimische Vorurteile breite Zustimmung, aber auch differenzierende Aussagen (Diekmann & Janzen, 2024). 83 Prozent der Befragten sind sich bewusst, dass es sowohl strenggläubige als auch weniger strenggläubige Muslim*innen gibt, was dem Vorurteil widerspricht, Muslim*innen seien religiös homogen. 85 Prozent erkennen, dass Handlungen einzelner Muslim*innen oft der ganzen Gruppe zugeschrieben werden. 60 Prozent glauben, dass Muslim*innen häufig benachteiligt oder angefeindet werden, und 69 Prozent denken, dass sie Rassismus erfahren.

In Deutschland existieren Vorurteile und differenzierende Perspektiven nebeneinander. Personen können Vorurteile haben und gleichzeitig ein Bewusstsein für die Benachteiligung von Muslim*innen besitzen. Vertiefende Analysen zeigen jedoch, dass differenzierende Gegennarrative zwar antimuslimischen Vorurteilen nur bedingt entgegenzutreten, aber diskriminierende Verhaltensabsichten verhindern können. Vor allem das Bewusstsein über Diskriminierung und Rassismus kann verhindern, dass vorhandene Vorurteile in ausgrenzende Verhaltensweisen umschlagen. Dies unterstreicht die Wirksamkeit von Gegendis-kursen im Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung.

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass antimuslimische Vorbehalte bereits vor der Eskalation im Nahen Osten am 7. Oktober 2023 stark verbreitet waren. Es ist anzunehmen, dass sich die Situation angesichts der polarisierten Debatten auch in Deutschland verschärft hat und antimuslimische Vorbehalte weiter zugenommen haben. Die Befunde des Religionsmonitors weisen jedoch auch auf Lösungswege hin: Differenzierung in Debatten trägt dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in herausfordernden Zeiten zu stärken.

Die Erkenntnisse über Gegennarrative und ihr Potenzial, die benachteiligende Wirkung von Vorurteilen einzudämmen, unterstützen dies. Auch wenn das heute noch nicht greifbar ist, kann eine solche differenziertere Wahrnehmung von Muslim*innen und ihrer Religion in Deutschland dazu beitragen, bestehende antimuslimische Vorurteile zu dekonstruieren und damit auch zu verdrängen. Dabei geht es insbesondere darum, zwischen fundamentalistisch gesinnten Minderheiten – wie islamistischen Strömungen – und der breiten Vielfalt muslimischer Glaubenshaltungen zu unterscheiden. Hierzu gehören auch fromme und konservative Haltungen, denen ebenso wenig pauschal die Demokratieverträglichkeit abgesprochen werden darf wie christlich-konservativen Positionen. Insbesondere in der aufgeheizten Situation angesichts des eskalierten Nahostkonflikts ist Umsicht geboten und darauf zu achten, dass Muslimfeindlichkeit und Antisemitismus nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Damit sich differenzierende Gegendiskurse entfalten können und im Alltag für die Menschen erfahrbar werden, braucht es mehr Kontakte untereinander – und insbesondere mehr interreligiöse Kontakte auf Augenhöhe. Durch Bildungsformate kann differenziertes Wissen aktiv vermittelt werden. Und schließlich muss mehr über gelingende Erfahrungen des Zusammenlebens und alltägliche Solidarität untereinander berichtet werden, damit sich differenzierende Bilder über die Vielfalt muslimischen Lebens durchsetzen können und um Vorurteilen etwas entgegenzusetzen zu können.

Gerade in der aktuellen Situation ist es wichtig – vor allem in der medialen und zivilgesellschaftlichen Diskussion – gezielt die Gegennarrative zum Konflikt zwischen Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens zu stärken. Dafür stehen erfolgreiche jüdisch-muslimische Gemeinschaftsprojekte wie das Dialogprojekt „Schalom Aleikum“ und das Begegnungsprojekt „meet2respect“. Es gibt zudem zahlreiche jüdisch-muslimische Initiativen, die sich gemeinsam für einen Frieden in Nahost einsetzen. Der Einsatz gegen Muslimfeindlichkeit und andere Formen der Menschenfeindlichkeit braucht beides: kognitive Auseinandersetzung sowie eine Ansprache der affektiven Ebene. Genau das leisten persönliche Begegnungen und Gespräche zwischen den Menschen. Dafür spielen persönliche Begegnungen wie auch die Berichterstattung und Diskussion in den klassischen und sozialen Medien eine entscheidende Rolle. Indem wir vielfältige Kontakte fördern und die Menschen und ihre Geschichte in den Blick bringen, stiften wir Zusammenhalt.

Literatur

Allport, Gordon (1954). The nature of prejudice, New York, NY: Basic Books.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2024). Bundesweite Fallzahlen 2023. Politisch motivierte Kriminalität. Fact Sheet 21.05.2024.

Becher, Inna & El-Menouar, Yasemin (2013). Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern christlicher und muslimischer Religionszugehörigkeit. Forschungsbericht 21. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.). Abgerufen von: https://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/WissenschaftPublikationen/studie-geschlechterrollen.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [17.07.2024].

CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit (Hrsg.) (2024). Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus. Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2023. Abgerufen von: <https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2024/07/zusammenfassung-lagebild-amr-antimuslimische-vorfaelle-in-deutschland-2023.pdf?x59264> [17.07.2024].

Diekmann, Isabel & Jansen, Olga (2024). Zwischen Pauschalisierung und Differenzierung Einstellungen gegenüber Muslim:innen und dem Islam in Deutschland. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Abgerufen von: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zwischen-pauschalisierung-und-differenzierung> [17.07.2024].

El-Menouar, Yasemin (2024). Islam- und Muslim:innenfeindlichkeit schwächen Demokratie und Zusammenhalt. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Zwischen Pauschalisierung und Differenzierung Einstellungen gegenüber Muslim:innen und dem Islam in Deutschland (S. 6–15). Gütersloh. Abgerufen von: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zwischen-pauschalisierung-und-differenzierung> [17.07.2024].

El-Menouar, Yasemin & Vopel, Stephan (2023). Antisemitismus, Rassismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein Blick auf Deutschland in Zeiten der Eskalation in Nahost. Religionsmonitor kompakt. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Abgerufen von: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/antisemitismus-rassismus-und-gesellschaftlicher-zusammenhalt> [17.07.2024].

Halm, Dirk & Sauer, Martina (2017). Muslime in Europa. Integriert, aber nicht akzeptiert? Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Abgerufen von: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_LW_Religionsmonitor-2017_Muslime-in-Europa.pdf [17.07.2024].

Pettigrew, Thomas F. (1998). Intergroup contact theory. Annual Review of Psychology, 49, 65–85.

Pfündel, Katrin, Stichs, Anja & Tanis, Kerstin (2021). Muslimisches Leben in Deutschland 2020. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.). Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl. Nürnberg. Abgerufen von: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb38-muslimisches-leben.html?nn=403976> [17.07.2024].

Stichs, Anja & Pfündel, Katrin (2023). Diskriminierungserfahrungen von Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern: Wahrnehmungen in Bezug auf Alltagssituationen, die Benotung in der Schule, die Arbeits- und die Wohnungssuche. Forschungsbericht 48. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.). Nürnberg. Abgerufen von: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb48-muslimisches-leben2020-diskriminierung.html?nn=282388> [17.07.2024].

UEM – Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (2023). Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz. Bundesinnenministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.).

Vopel, Stephan & El-Menouar, Yasemin (2015). Religionsmonitor – Sonderauswertung Islam 2015. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Abgerufen von: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf [17.07.2024].

Weichselbaumer, Doris (2016). Discrimination Against Female Migrants Wearing Headscarves. IZA – Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. Abgerufen von: <https://docs.iza.org/dp10217.pdf> [17.07.2024].

Wintermantel, Jonas & Wrase, Harald (2023). Pauschale Verbote sind verfassungsrechtlich fragwürdig. rbb24, 20.10.2023. Abgerufen von: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/10/interview-demonstrationsverbot-pro-palestinensische-kundgebungen-rechtliche-einschaetzung-professor-wrase-wzb-berlin.html> [17.07.2024].

Zick, Andreas, Demir, Zeynep, Eden, Marco, Kulaçatan, Meltem, Behr, Harry Harun, Rumpold, Berna & Aydin Selin (2023). Muslimische Erfahrungen und Wahrnehmung der Muslim- und Islamfeindlichkeit in der Gesellschaft. Eine Mixed-Methods-Studie. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld/Goethe-Universität Frankfurt a. M.



Instrumentalisierung des Nahostkonflikts durch extremistische Gruppen

Spaltung statt Einheit

Die Reaktionen internationaler islamistisch-extremistischer Gruppierungen auf den 7. Oktober und den Krieg zwischen Israel und der Hamas

Jakob Guhl, Institute for Strategic Dialogue

Am 7. Oktober 2023 überquerten Kämpfer der Hamas und weiterer militanter palästinensischer Gruppen die Grenze zwischen dem Gazastreifen und dem Süden Israels und verübten einen groß angelegten Terrorangriff, bei dem laut israelischen Behörden über 1143 Menschen (darunter 767 Zivilist*innen) getötet und über 250 als Geiseln genommen wurden (France 24, 2023). In den Wochen und Monaten nach dem 7. Oktober verschärfte Israel zunächst die Blockade des Gazastreifens, führte Luftangriffe durch und begann ab Ende Oktober mit einer Bodeninvasion. Laut Angaben des von der Hamas geführten Gesundheitsministeriums in Gaza wurden seit dem 7. Oktober mehr als 36 800 Palästinenser*innen durch das israelische Vorgehen getötet (OCHA, 2024a, Stand 5. Juni).⁴

Infolge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel und des darauffolgenden Israel-Hamas-Kriegs reagierten auch islamistisch-extremistische Bewegungen.⁵ Hierbei variierten die Reaktionen zwischen den verschiedenen Akteuren je nach ihren spezifischen Prioritäten und ihrem ideologischen Rahmen. Bei genauerer Betrachtung offenbart sich eine Vielzahl ideologischer, politischer und taktischer Unterschiede zwischen den islamistisch-extremistischen Bewegungen.

So erklärten die hier analysierten Gruppen zwar durchweg ihre Solidarität mit den Palästinenser*innen, aber äußerten sich teilweise auch kritisch zur Hamas oder erwähnten sie überhaupt nicht. Zudem lässt sich eine sehr eindeutige Trennlinie zwischen den Akteuren der sogenannten Achse des Widerstands und ihren Gegnern ausmachen. Und zuletzt gibt es zwischen islamistisch-extremistischen Bewegungen erhebliche taktische Unterschiede in Bezug auf die Frage, ob nicht staatliche Gruppen und ihre Anhänger*innen die Palästinenser*innen durch Anschläge auf jüdische, israelische oder westliche Ziele unterstützen sollten oder ob es die Aufgabe mehrheitlich muslimischer Staaten wäre, aufseiten der Palästinenser*innen militärisch in den Krieg einzugreifen.

Zum Begriff islamistischer Extremismus

Islamistische Extremisten möchten einen totalitären islamischen Staat errichten (oder erhalten, falls ein solcher Staat bereits existiert), in dem Gruppen, die von den eigenen religiösen Vorstellungen abweichen, entweder implizit, explizit oder gewaltsam unterdrückt und benachteiligt werden (Comerford et al., 2023, S. 48). Unter diese breite Definition fällt ein großes Spektrum an Bewegungen und Gruppen. In diesem Artikel wird der Fokus vor allem auf salafistisch-jihadistische Gruppen, schiitisch-islamistisch extremistische Akteure, die Taliban sowie die islamistisch-extremistische Gruppe Hizb ut-Tahrir gerichtet, die Demokratie und Menschenrechte ablehnt und stattdessen die Errichtung eines globalen Kalifats anstrebt.

⁴ Seit Beginn des Kriegs wird debattiert, ob die vom Gesundheitsministerium in Gaza vorgelegten Zahlen glaubwürdig sind, da sie nicht unabhängig überprüft werden können. Einige Politiker*innen und Journalist*innen argumentieren, dass die Hamas Vorteile daraus ziehen könnte, höhere Zahlen zu melden. Allerdings wurden die Zahlen des Gesundheitsministeriums in der Vergangenheit auch vom US-Außenministerium verwendet und von Menschenrechtsorganisationen als zuverlässig eingestuft (Ioanes, 2024).

⁵ Durch den zeitlichen Fokus des Artikels auf die Reaktionen auf den 7. Oktober 2023 soll nicht suggeriert werden, dass der Israel-Palästina-Konflikt, die Geschichte der Hamas oder die Positionierung der analysierten Akteure zum Nahostkonflikt auf diesen Zeitraum zu reduzieren sind.

Die in diesem Artikel diskutierten Akteure positionieren sich durchweg zumindest rhetorisch propalästinensisch. Es ist darauf hinzuweisen, dass dies im Umkehrschluss nicht bedeutet, dass die internationale propalästinensische Protestbewegung, die auch in Deutschland von erheblicher ideologischer Vielfalt gekennzeichnet ist (Gargosch, 2023), per se islamistisch-extremistische Positionen vertritt.

Solidarität mit den Palästinenser*innen, aber gespalten gegenüber der Hamas

Trotz der großen ideologischen, theologischen und geografischen Vielfalt innerhalb des internationalen islamistischen Extremismus waren diese Akteure nach dem 7. Oktober 2023 zumindest oberflächlich in ihrer Unterstützung der Palästinenser*innen vereint. Die verschiedenen Bewegungen und Gruppen betonten durchweg die Gerechtigkeit der palästinensischen Sache. Zudem wurde der Anschlag der Hamas verteidigt oder sogar explizit gutgeheißen und als legitime Reaktionen auf die israelische Besatzung beschrieben.

So erklärte beispielsweise Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) in einem Video mit dem Titel „Unterstützung für unser Volk in Gaza“ nicht nur ihre Solidarität mit den Palästinenser*innen, sondern lobte explizit auch die Qassam-Brigaden („die Helden Gazas“) dafür, sich gegen die „israelischen Tötungsmaschinen“ erhoben zu haben (Jihadology, 2023).

Der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, gratulierte ebenfalls bereits am 7. Oktober „dem widerständigen palästinensischen Volk und den heldenhaften Kämpfern der palästinensischen Gruppierungen, [...] für die weitreichende und von Gott unterstützte heldenhafte Operation, die einen vollständigen Sieg verspricht“. Nasrallah ergänzte, dass der Anschlag auch eine Botschaft an die Länder in der Region sei (vor allem Saudi-Arabien), die ihre diplomatischen Beziehungen mit Israel normalisieren wollen (Daoud, 2023).

Der oberste Führer des iranischen Regimes Ayatollah Ali Khamenei (2023) feierte den Anschlag und verteidigte das Recht der Hamas und der Palästinenser*innen, auch israelische Zivilist*innen direkt anzugreifen. Dies sei als „Antwort auf die Verbrechen“ des „zionistischen Usurpationsregimes“ legitim. Zugleich bestritt das iranische Regime, vorab von den Anschlagsplänen gewusst zu haben. Dies war auch ein zentrales Thema einer groß angekündigten Rede von Nasrallah am 3. November, in der er den Terrorangriff der Hamas als rein palästinensische Operation beschrieb (Daoud, 2023). In der Rede behauptete Nasrallah zudem, dass der Anschlag zeige, dass Israel tatsächlich fragiler als ein „Spinnennetz“ sei (Byman, 2023). Der „Spinnennetz“-Vergleich ist eine Referenz auf eine bekannte Rede Nasrallahs aus dem Jahr 2000, wenige Tage nach dem Abzug israelischer Truppen aus dem Südlibanon, der nach der israelischen Intervention in den libanesischen Bürgerkrieg 1982 besetzt gewesen war.

Obwohl der Terrorangriff vom 7. Oktober durchweg als legitim betrachtet wird, bedeutet dies nicht, dass im Hinblick auf die Hamas ebenfalls Einigkeit besteht.

Erst zwei Wochen nach den Anschlägen vom 7. Oktober reagierte der sogenannte Islamische Staat (IS) und bezog sich in den eigenen verzögerten Statements beispielsweise nicht namentlich auf die Hamas. Obwohl es verständlich sein mag, aufgrund der gezielten Gewalt gegen Zivilist*innen und der extremen Brutalität Parallelen zwischen der Hamas und dem IS zu ziehen, sollte darauf hingewiesen werden, dass der IS die Hamas

Die vielleicht wichtigste Trennlinie zwischen den verschiedenen hier analysierten islamistisch-extremistischen Organisationen ist die Positionierung zur sogenannten Achse des Widerstands.

sowohl aus ideologischen als auch aus politischen Gründen ablehnt. Während der IS Nationalstaaten als unislamisch verurteilt, möchte die Hamas einen solchen Staat gründen. Auch die Anwendung des islamischen Rechts im Gazastreifen hält der IS für nicht streng genug. Politisch lehnt der IS die Hamas auch wegen der Unterstützung durch den Iran ab, als dessen Handlanger er sie betrachtet. Zusätzlich lehnt der IS (anders als die Hamas) die Teilnahme an demokratischen Wahlen strikt ab und bezeichnet dies als eine nicht islamische Neuerung (bid'ah), die der Götzenanbetung (shirk) gleichkomme. Die Hamas hingegen geht im Gazastreifen aktiv gegen salafistisch-jihadistische Gruppen wie den IS vor. Insgesamt sind die Unterschiede so fundamental, dass es nicht überraschen sollte, dass der IS die Hamas zu Apostaten erklärt hat (Fiennes, 2023).

Auch die Reaktion der afghanischen Taliban auf den 7. Oktober fiel verhalten aus. Zwar erklärten die Taliban ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk und verurteilten den „Genozid“ in Gaza, äußerten sich aber nicht positiv zur Hamas. Hierbei ist zu beachten, dass die Taliban in den vergangenen Jahren mit wenigen Ausnahmen nicht die Nähe zur Hamas gesucht haben, obwohl diese die Machtübernahme der Taliban im August 2021 explizit begrüßt hatten.



Die Achse des Widerstands und ihre Gegner

Die vielleicht wichtigste Trennlinie zwischen den verschiedenen hier analysierten islamistisch-extremistischen Organisationen ist die Positionierung zur sogenannten Achse des Widerstands. Die Achse des Widerstands ist ein Bündnis staatlicher und nicht staatlicher Akteure im Nahen Osten, das sich vor allem gegen den Einfluss der USA in der Region, gegen Israel und deren Verbündeten positioniert. Neben dem iranischen Regime, Hisbollah, Hamas, Ansar Allah (besser bekannt als die Huthis) und schiitischen Milizen im Irak wird auch das syrische Baath-Regime zur Achse des Widerstands gezählt. Das iranische Regime gilt dabei als Führungsmacht innerhalb des Bündnisses, das vor allem auf Hisbollah und irakische Milizen erheblichen Einfluss ausübt.

Die Position der Hamas innerhalb der Achse des Widerstands ist ebenfalls komplex. Im Jahr 2012 erklärte die Hamas ihre Unterstützung für die syrische Revolution gegen das Assad-Regime. Dies führte zum temporären Bruch mit dem iranischen Regime und der Hisbollah, die im syrischen Bürgerkrieg militärisch auf der Seite des Assad-Regimes kämpften. Erst ab 2017 gab es wieder Annäherungsversuche zwischen Hisbollah und Hamas und später auch zum Iran (Cafiero, 2024).

Verschiedene Akteure innerhalb der Achse des Widerstands griffen nach dem 7. Oktober nicht nur rhetorisch, sondern auch militärisch in den Konflikt zwischen Israel und der Hamas ein.

Bereits am 8. Oktober begann die Hisbollah mit Raketenangriffen auf militärische Ziele, aber auch auf Infrastruktur und Wohngebiete im Norden Israels. Es folgten israelische Vergeltungsschläge durch Drohnenangriffe, zunächst primär gegen Ziele im Süden Libanons, aber später auch gegen Ziele weit im Landesinneren.

Am 19. November 2023 begannen zudem die Huthis Handelsschiffe mit vermeintlichen Verbindungen zu Israel im Roten Meer anzugreifen. In ihrer Propaganda, die gerade auch in den sozialen Medien weit jenseits islamistisch-extremistischer Netzwerke Anklang findet, stellten die Huthis diese Angriffe als einen

Im Kontext des Kriegs zwischen Israel und der Hamas waren innerhalb islamistisch-extremistischer Bewegungen verschiedene taktische Positionierungen zu beobachten.

Akt der Solidarität mit den Palästinenser*innen dar. Zudem flogen die Huthis am 13. April 2024 als Teil des iranischen Vergeltungsschlags auf Israel nach der Bombardierung des iranischen Konsulats in Damaskus ebenfalls Drohnenangriffe auf Israel. Infolge dieser Angriffe erfuhren die Huthis auch innerhalb der westlichen propalästinensischen Protestbewegung erhebliche Sympathie (Fiennes, 2024). Der Slogan „Yemen, Yemen, make us proud, turn another ship around“ war beispielweise auch auf Demonstrationen in Berlin zu hören (Focus Online, 2024).

Umfragen weisen darauf hin, dass die militärischen Operationen der Achse des Widerstands seit dem 7. Oktober ihre Popularität innerhalb der Region erhöht haben (Palestinian Center for Policy and Survey Research, 2023; Arab Center Washington DC, 2024; Washington Institute, 2024). Die Rolle der Achse des Widerstands wird allerdings von etlichen islamistisch-extremistischen Gruppierungen überaus kritisch gesehen. Vor allem die militärische Unterstützung des iranischen Regimes und der Hisbollah für das Assad-Regime im syrischen Bürgerkrieg wird hierbei thematisiert.

Ein Sprecher der syrischen HTS beispielsweise kritisierte die Achse des Widerstands trotz deren Einsatz für die palästinensische Sache scharf und warf ihr vor, „die arabische und muslimische Bevölkerung in Syrien, im Libanon, im Irak und im Jemen getötet und vertrieben“ zu haben und „Dörfer und Städte im Norden des befreiten Syriens“ (in von HTS kontrollierten Gebieten) systematisch zu bombardieren (Jihadology, 2023). HTS versuchte gleichzeitig den Kampf für die Befreiung der Palästinenser*innen als gemeinsame Aufgabe der weltweiten Gemeinschaft der Muslime (Umma) darzustellen, aber dabei die Rolle des Iran und der Achse des Widerstands zu relativieren, und warf ihnen Doppelmoral vor. So wies HTS auf die Parallelen zwischen der israelischen Bombardierung des Gazastreifens und der Bombardierung Nordsyriens durch die syrische und russische Luftwaffe hin (Jihadology, 2023).





Der IS ist ebenfalls ein erbitterter Gegner der Achse des Widerstands und des iranischen Regimes, welches das Kalifat des IS in Syrien und dem Irak militärisch bekämpft hatte. So verübte der IS im Januar 2020 einen Bombenanschlag auf eine Gedenkveranstaltung für den 2020 bei einem US-amerikanischen Drohnenangriff getöteten Qasem Soleimani im iranischen Kerman, bei dem 84 Menschen getötet wurden. Am Tag darauf rief der IS erneut zu weltweiten Anschlägen auf jüdische und christliche Zivilist*innen auf und rechtfertigte den Anschlag auch damit, dass trotz des aktuellen Konflikts der Iran ein wichtiger Feind bleibe. Allerdings schien es, als ob der IS sich dazu genötigt sah, eine Rechtfertigung dafür zu liefern, weshalb die eigenen Militäraktionen nach dem 7. Oktober nur wenig konkreten Bezug zu Palästina hatten. So behauptete der IS beispielsweise, dass die Anschläge in aus IS-Sicht „unislamischen“ Regimen der palästinensischen Sache zumindest indirekt dienen würden (Washington Institute, 2024c).

Aufrufe zu Anschlägen oder staatlichen Militärinterventionen?

Im Kontext des Kriegs zwischen Israel und der Hamas waren innerhalb islamistisch-extremistischer Bewegungen verschiedene taktische Positionierungen zu beobachten. Dies betraf auch die Frage, ob Gewalt legitim sei, um die Palästinenser*innen zu unterstützen. Zudem gab es unterschiedliche Ansichten dazu, ob die Gewalt von den Anhänger*innen nicht staatlicher Gruppen oder von mehrheitlich muslimischen Staaten ausgeführt werden soll.

So rief al-Qaida die im Westen lebenden „Söhne der Umma“ dazu auf, ihre „Brüder zu unterstützen“, indem sie „die Zionisten töten und beschimpfen“ (Smith & Webber, 2024). Der IS rief im al-Naba-Newsletter ebenfalls weltweit zu weiteren Angriffen gegen Jüdinnen und Juden, aber auch gegen arabische Staaten auf (Washington Institute, 2024c).

Im Kontrast zu solchen Aufrufen zu terroristischen Anschlägen forderten einige islamistisch-extremistische Akteure ein militärisches Eingreifen mehrheitlich muslimischer Staaten in den Krieg zwischen Israel und der Hamas. So forderte die britische Sektion der Gruppe Hizb ut-Tahrir (HuT) unter dem Hashtag #ArmiesToAqsa und im Rahmen von Demonstrationen vor den türkischen und ägyptischen Botschaften in London Armeen islamischer Staaten zur „Befreiung Palästinas“ auf (Ali, 2024). HuT wendete sich also direkt an Staaten, stellte aber explizit klar, dass dies keine Aufforderung an ihre Anhänger*innen sei, selbst Gewalt anzuwenden (Ali, 2024).

Ausblick

Diese Analyse der Reaktionen islamistisch-extremistischer Akteure zeigt, dass die Solidarität mit den Palästinenser*innen und die Ablehnung Israels erhebliche Mobilisierungsfaktoren darstellen. Obwohl die hier analysierten Gruppen zwar durchweg ihre Solidarität mit den Palästinenser*innen erklären, offenbart sich eine Vielzahl ideologischer, politischer und taktischer Unterschiede zwischen den islamistisch-extremistischen Bewegungen. So wird die Hamas zum Teil ausgesprochen kritisch gesehen oder überhaupt nicht erwähnt. Auch die Trennlinie zur sogenannten Achse des Widerstands bleibt aufgrund ihrer Rolle bei der militärischen Verteidigung des Assad-Regimes im syrischen Bürgerkrieg äußerst umstritten. Zudem werden taktische Unterschiede deutlich, vor allem in Bezug auf die Frage, ob nicht staatliche oder staatliche Gewalt die legitime Antwort auf die Situation in Gaza darstelle.

Jakob Guhl

ist Senior Manager beim Institute for Strategic Dialogue (ISD), wo er in der Digital Research Unit und für das ISD Germany arbeitet. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus, Hassrede, Desinformation und Verschwörungstheorien. Als ISD-Experte wurde Guhl mehrfach von der Bundesregierung eingeladen, seine Forschungen über Online-Hass dem deutschen Justizministerium, Innenministerium und Familienministerium vorzustellen und Handlungsempfehlungen zur Prävention gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus auszusprechen. Jakob Guhl hat einen MA in Terrorismus, Sicherheit und Gesellschaft vom King's College London.

Literatur

Ali, Rashad (2024). Hizb ut-Tahrir. Institute for Strategic Dialogue. Abgerufen von: www.isdglobal.org/explainers/hizb-ut-tahrir/ [01.07.2024].

Arab Center Washington DC (2024). Arab Public Opinion about Israel's War on Gaza. Abgerufen von: <https://arabcenterdc.org/resource/arab-public-opinion-about-israels-war-on-gaza/> [01.07.2024].

Byman, Daniel (2023, November 3). Hezbollah's Nasrallah Tries to Walk a Fine Line on Israel-Hamas War. Foreign Policy. Abgerufen von: <https://foreignpolicy.com/2023/11/03/nasrallah-speech-hezbollah-lebanon-israel-hamas-war-gaza-escalation-iran/> [01.07.2024].

Comerford, Milo, Davey, Jacob, Guhl, Jakob & Miller, Carl (2023). Tangled Web The interconnected online landscape of hate speech, extremism, terrorism and harmful conspiracy movements in the UK. Institute for Strategic Dialogue. Abgerufen von: https://www.ofcom.org.uk/__data/assets/pdf_file/0030/268257/Tangled-Web.pdf [01.07.2024].

Daoud, David (2023, November 6). The mouth of Hezbollah chief Hassan Nasrallah hath spoken – and nothing useful came out. Atlantic Council. <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/nasrallah-speech-israel-hamas-gaza/> [01.07.2024].

Fiennes, Guy (2023). #HamasisISIS?: Assessing the campaign comparing proscribed groups. Institute for Strategic Dialogue. Abgerufen von: https://www.isdglobal.org/digital_dispatches/hamasisisis-assessing-the-campaign-comparing-proscribed-groups/ [01.07.2024].

Fiennes, Guy (2024). The Houthi (Ansar Allah) Digital Ecosystem Institute for Strategic Dialogue. Abgerufen von: https://www.isdglobal.org/digital_dispatches/the-houthi-ansar-allah-digital-ecosystem/ [01.07.2024].

FOCUS online (2024, Januar 14). Berlin: Linke Demo solidarisiert sich mit den islamistischen Huthi. FOCUS Online. Abgerufen von: https://www.focus.de/politik/deutschland/ausschreitungen-in-berlin-ploetzlich-solidarisiert-sich-die-linke-demo-mit-der-islamistischen-huthi-miliz_id_259575444.html [01.07.2024].

France 24 (2023, Dezember 15). Israel Social Security Data Reveals True Picture of Oct 7 Deaths. France 24. Abgerufen von: <https://www.france24.com/en/live-news/20231215-israel-social-security-data-reveals-true-picture-of-oct-7-deaths> [01.07.2024].

Gargosch, Stephanie (2023, November 13). Pro-Palästina-Demos: Diese Gruppen gibt es. ZDFheute. Abgerufen von: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/palaestina-demonstration-gruppen-israel-100.html> [01.07.2024].

International Court of Justice (2024, Januar 26). Order of 26 January 2024 | International court of justice. Abgerufen von: <https://www.icj-cij.org/node/203447> [01.07.2024].

International Criminal Court (2024, Mai 2). Statement of ICC Prosecutor Karim A.A. Khan KC: Applications for arrest warrants in the situation in the State of Palestine. ICC. Abgerufen von: <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-kc-applications-arrest-warrants-situation-state> [01.07.2024].

Ioanes, Ellen (2024, Mai 17). The controversy over Gaza's death toll, explained. Vox. Abgerufen von: <https://www.vox.com/world-politics/2024/5/17/24159263/gaza-deaths-israel-hamas-hospital-ministry-health> [01.07.2024].

Jihadology.net (2023, Oktober 15). New video message from Hay'at Taḥrīr al-Shām's Dr. Maḏhar al-Ways: „Support For Our People In Gaza.“ Abgerufen von: <https://jihadology.net/2023/10/15/new-video-message-from-hayat-tahrir-al-shams-dr-mazhar-al-ways-support-for-our-people-in-gaza/> [01.07.2024].

Khamenei, Ali (2023). Post from X, 10 Oktober 2023. Abgerufen von: https://x.com/khamenei_ir/status/1711678476078436517 [01.07.2024].

Giorgio, Cafiero (2024, März 19). Why Syria is So Silent About Hamas. Stimson Center. Abgerufen von: <https://www.stimson.org/2024/why-syria-is-so-silent-about-hamas/> [01.07.2024].

OCHA (2024a, Juni 5). United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – occupied Palestinian territory | Reported impact snapshot | Gaza Strip. United Nations. Abgerufen von: <https://www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-5-june-2024> [01.07.2024].

OCHA (2024b, Mai 29). Lebanon: At a Glance – Escalation of hostilities in South Lebanon, as of 29 May 2024. Reliefweb. Abgerufen von: <https://reliefweb.int/report/lebanon/lebanon-glance-escalation-hostilities-south-lebanon-29-may-2024-enar> [01.07.2024].

Palestinian Center for Policy and Survey Research (2023). Public Opinion Poll No (90). Abgerufen von: <https://pcpsr.org/en/node/963> [01.07.2024].

Reuters (2024, Juni 5). Explainer: Is the Hezbollah-Israel conflict about to spiral? Abgerufen von: <https://www.reuters.com/world/middle-east/is-hezbollah-israel-conflict-about-spiral-2024-06-05/> [01.07.2024].

Smith, Peter & Webber, Lucas (2024). The Israel-Hamas War and Resurgent Jihadist Threats to Europe and the United States. Lawfare Media. Abgerufen von: <https://www.lawfaremedia.org/article/the-israel-hamas-war-and-resurgent-jihadist-threats-to-europe-and-the-united-states> [01.07.2024].

Taneja, Kabir & Shekhawat, Shivam (2024, Mai 6). How the Taliban is navigating the war in Gaza. Observer Research Foundation. Abgerufen von: <https://www.orfonline.org/research/how-the-taliban-is-navigating-the-war-in-gaza> [01.07.2024].

Washington Institute (2024a). Egypt Polling Shows Rise in Positive Views of Hamas; Iran-Backed Groups and the Muslim Brotherhood Remain Unpopular. Abgerufen von: <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/egypt-polling-shows-rise-positive-views-hamas-iran-backed-groups-and-muslim> [01.07.2024].

Washington Institute (2024b). In the Shadow of Hezbollah-Israel Escalation, Poll Shows Slim Majority of Lebanese Still Want Focus on Domestic Reforms over „Foreign Wars“. Abgerufen von: <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/shadow-hezbollah-israel-escalation-poll-shows-slim-majority-lebanese-still-want> [01.07.2024].

Washington Institute (2024c). Islamic State's Response to October 7. Abgerufen von: <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/islamic-states-response-october-7> [01.07.2024].

Instrumentalisierung des Nahostkonflikts in den sozialen Medien

Eine Betrachtung der islamistischen Kanalgruppe der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE)

Dr. Friedhelm Hartwig, modus|zad

Krisen und Konflikte sind zentrale Themen in der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE)⁶ (Hartwig & Hänig, 2021). Das Spektrum reicht von individuellen Krisen im Alltag über innermuslimische Kontroversen oder Kritik an gesellschaftlichen Missständen in Deutschland bis hin zu Konflikten und Kriegen weltweit (Baaken & Hartwig, 2020; Hartwig, Hänig & Seelig, 2022). Im Mittelpunkt stehen in der PrE Krisen, von denen mehrheitlich muslimisch geprägte Länder oder Bevölkerungsgruppen betroffen sind. Der Nahostkonflikt ist ein regelmäßig wiederkehrendes und zudem hochemotional aufgeladenes Thema. Die Akteure der PrE nutzen ihn daher häufig, um ihrem Publikum auf diesem Weg zentrale Narrative ihrer Weltansicht zu

vermitteln. Die aktuellen Ereignisse selbst rücken dabei in den Hintergrund. Im Folgenden wird auf Grundlage des bpb-Basismonitorings herausgearbeitet, welchen Stellenwert der Nahostkonflikt in der PrE innehat und in welcher Form er aufgegriffen wird. Dabei liegt der Fokus auf der islamistischen Kanalgruppe, mit den vier Kanälen *Muslim Interaktiv*, *Generation Islam*, *Realität Islam* und *Botschaft des Islam*.⁷

Entwicklungen seit dem 7. Oktober 2023

Verfolgt man die Daten auf YouTube bis zum Jahr 2015 zurück, so wird der Nahostkonflikt regelmäßig um den Fastenmonat Ramadan thematisiert.⁸ Anlass dazu bieten z. B. die zahlreichen Zusammenstöße rund um die al-Aqsa-Moschee und den Tempelberg in Jerusalem. Rückblickend scheint der Nahostkonflikt im Jahr 2021 mit den blutigen Zusammenstößen im Westjordanland und Kämpfen gegen die Hamas in Gaza eine erste intensive, mehrere Monate andauernde Kommunikation in den sozialen Medien erzeugt zu haben. Eine weitere intensive Phase ist zu Beginn des Jahres 2023 erkennbar. Schon im Vorfeld zum 7. Oktober 2023 greifen Gruppen der PrE den Israel-Palästina-Konflikt auf, und veröffentlichen monatlich Videos zum Thema. Die Zahl der Videos, die Höhe der Aufrufe und die anhaltenden Debatten verschiedener Onlinecommunities, ob innerhalb oder außerhalb der PrE, zeigen jedoch seit dem 7. Oktober 2023 eine Intensität, wie sie bislang noch nicht im bpb-Basismonitoring dokumentiert wurde.

6 Die PrE ist ein Arbeitsbegriff, den modus|zad während der vom Bundesministerium des Inneren für Bau und Heimat geförderten Monitoring-Projekte ABAT (2019) und KorRex (2020) entwickelt und eingeführt hat. PrE steht für eine Konstellation von ca. 200 deutschsprachigen Kanälen, die zumeist sunnitisch-fundamentalistische Botschaften verbreiten und als nicht jihadistisch einzustufen sind. Zumeist liegen ihre stark polarisierenden Botschaften in den Randbereichen zur Glaubens- und Meinungsfreiheit. Umfassende Informationen zum Monitoring-Projekt findet man auf der bpb-Webseite „Randbereiche des Extremismus auf YouTube, TikTok und Instagram“ (bpb, o. J.) und auf modus|zad Monitorings und Trendanalysen.

7 Im Monitoring werden drei Kanalgruppen unterschieden: salafistische, islamistische und hybride Kanäle. Die Kanäle der islamistischen Kanalgruppe der PrE konzentrieren sich besonders häufig auf politische und gesellschaftliche Themen. Thematische Schwerpunkte der salafistischen Gruppe sind religiöse Themen und Erziehung. Die hybride Kanalgruppe bietet eine eigenständige thematische Mischung mit starken inhaltlichen Überschneidungen zu den beiden zuvor genannten.

8 Der aktuelle Datensatz für die YouTube-Analyse dieses Artikels umfasst 37 Schwerpunktkanäle mit ca. 21 532 Videos. Der Zeitraum für die Längsschnittanalyse erfasst Videos vom 01.01.2015 bis 30.05.2024.

Die Kanäle der PrE reagierten in den ersten Tagen nach dem 7. Oktober 2023 zurückhaltend. Abul Baraa sendete z. B. auf seinem Kanal „Abul Baraa Tube“ den Mitschnitt eines Videos von Michael Lüder mit einem historischen Rückblick zum Nahostkonflikt. Die Kontextualisierung des Massakers in einer vermeintlichen Vorgeschichte, in der Israel die komplette Schuld an der blutigen Konfliktgeschichte zugewiesen wird, war eine der ersten Reaktionen in der PrE. Hinzu kommt ein großes Schweigen oder verharmlosende Äußerungen hinsichtlich der Nachrichten über das Massaker der Hamas (Hartwig, Seelig, Jung, & Ahmed, 2023). Bei Influencer*innen findet man zudem Versatzstücke, die bis hin zur Genugtuung über das Massaker reichen und die Einleitung einer neuen Phase der Geschichte ankündigen, in der Israel untergehen werde (Actuarium: 07.10.2023). Seitdem ist eine weitgefächerte Onlineprotestbewegung von Akteuren aus dem salafistischen Spektrum, Influencer*innen, ihren Communitys, Rap- und Nashid-Künstler*innen (Redlion: 03.12.2023) entstanden. In der laufenden Analyse auf TikTok ist bereits erkennbar, dass Versatzstücke zentraler Narrative der PrE zum Nahostkonflikt auch die Protestbewegung der jugendlichen TikTok-Nutzer*innen prägen (Schnabel & Berendsen, 2024)⁹ Durch die Mobilisierung in den Social Media sehen sie ihre Chance, die Stimmung in Deutschland in Bezug auf Israel grundlegend zu verändern. Erste Erfolge sähe man bereits durch die zunehmenden propalästinensischen Proteste und ein vorsichtigeres Verhalten der Regierung (Maestro: 03.03.2024).

Dr. Friedhelm Hartwig

studierte Islamwissenschaften, Arabistik und evangelische Theologie in Bochum und promovierte am Graduiertenkolleg für gegenwartsbezogene Orientforschung in Bamberg. Anschließend arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz Zentrum Moderner Orient in Berlin. Von 2016 bis 2018 war er in mehreren digitalen Präventionsprojekten für Violence Prevention Network gGmbH tätig. Seine aktuellen Arbeitsschwerpunkte bei modus|zad liegen in der anwendungsbezogenen Forschung an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis, dem beschleunigten Wissenstransfer sowie der Vernetzung von Präventionsprojekten. Für modus|zad entwickelt er seit 2019 die Forschungslinie Monitoring und Trendanalysen (ABAT, KorRex, bpb-Basismonitoring). Sein besonderes wissenschaftliches Interesse gilt der Analyse von Narrativen, Mainstreamingprozessen und der internationalen Vernetzung extremistischer Akteure.

⁹ Die Analyse wird Teil einer zukünftigen Publikation des bpb-Basismonitorings sein.

Wie greifen islamistische Akteure in Deutschland den Nahostkonflikt in den sozialen Medien auf?

Zwei Narrativstränge treten in der PrE regelmäßig deutlich hervor: die umfassende Delegitimierung demokratischer Gesellschaften und sämtlicher Regierungen im Mittleren Osten sowie die Pflicht aller Muslim*innen zur umfassenden Distanzierung von der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland (Hartwig, Hänig & Seelig, 2022). Beide Narrativstränge begründen die Akteure der vier Kanäle mit einer eigenständigen und angeblich autonomen *islamischen Identität*. Sie werden zudem als einzige Lösungswege dargestellt, die von Allah verpflichtend vorgegeben seien. Beide Narrativstränge prägen auch die aktuellen Deutungen der PrE-Kanäle zum 7. Oktober 2023 und dem nachfolgenden Gazakrieg. Ziel ihrer Botschaften ist jedoch überwiegend die Veränderung der Situation in Deutschland (Hartwig et al., 2023).

Der Nahostkonflikt wird in der PrE besonders von Kanälen thematisiert, die im bpb-Basismonitoring der islamistischen Gruppe zugeordnet werden. Dabei treten deutlich Kanäle hervor, die ideologisch eine große Nähe zur in Deutschland verbotenen Hizb ut-Tahrir zeigen. Zu ihnen gehören *Generation Islam* (GI), *Realität Islam* (RI), *Muslim Interaktiv* (MI) und der besonders populäre Kanal *Botschaft des Islam* (BDI) (Hartwig et al., 2023). Auf den ersten Blick scheinen die Kanäle unabhängig voneinander zu agieren und für sich zu stehen. Eine Längsschnittanalyse ihrer Narrative zeigt jedoch eindeutige inhaltliche Überschneidungen. Gemeinsam bilden diese vier Kanäle eine Formation in der PrE, die durch ihre Kombination aus konvergierenden Inhalten und unterschiedlichen Kommunikationsstrategien einzigartige Synergien schaffen (Hartwig & Hänig, 2021). Seit dem 7. Oktober 2023 erreicht diese Formation besonders hohe Reichweiten (Hartwig et al., 2023). Ihre Deutungen des Konfliktes haben nicht nur einen starken Einfluss auf die salafistische Kanalgruppe der PrE, sondern auch auf Influencer*innen des popkulturellen Milieus.

Thematisch konzentrieren sich die drei Kanäle GI, RI und MI auf politische und gesellschaftliche Schwerpunkte. In Ergänzung dazu übernimmt der Kanal BDI die Aufgabe, ein genaueres Verständnis von *islamischer Identität*, Erziehung und Moral im Sinne der zuvor genannten Kanäle auszuformulieren und zu verbreiten. Dazu nutzt BDI das unterhaltsame und emotional berührende Storytelling-Format, das besonders häufig auch in populären englischsprachigen Kanälen zu finden ist. Analysen im Projekt KorRex zeigen, dass ca. 17 % der Videos in der PrE aus englischsprachigen Kanälen kopiert und übersetzt wurden (KorRex, 2020).¹⁰ In dem Interviewformat „Erzähl mal“ oder in Videos zum aktuellen Gazakrieg lädt BDI jedoch auch Content hoch, der inhaltlich die politischen und gesellschaftlichen Botschaften der drei zuvor genannten Kanäle bekräftigt.

¹⁰ Die am häufigsten für eine Umarbeitung von Content genutzten englischsprachigen Kanäle in der PrE sind „Merciful Servant“ (GB), „The Daily Reminder“ (Sri Lanka), „TheProphetsPath“ (Kanada) und „iLoveUAL-lah“ (USA).

Während die Akteure von GI, RI und MI namentlich bekannt sind, präsentiert sich BDI anonym und zeigt seine Akteure nur angeschnitten in Kameraperspektiven von hinten. Anonymität ist ein wichtiges Mittel in der PrE, um bestimmten Content als besonders konspirativ und vor dem Publikum als vermeintlich zensurgefährdet darzustellen (Hartwig & Hänig, 2021).

Generell ist die Sprache in der islamistischen Kanalgruppe gegenüber Persönlichkeiten aus Politik, Medien, Wissenschaft oder zivilgesellschaftlichen Institutionen scharf und beleidigend.

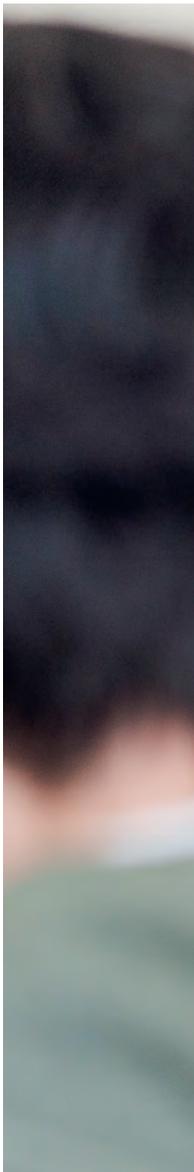
Die Kanäle GI und RI bedienen sich dagegen eher konservativ wirkender Frontalvorträge, mit denen man Analysen oder Kommentare präsentiert. Bisweilen versuchen die beiden Kanäle auch, durch Hashtagkampagnen das Onlinepublikum zu mobilisieren (z. B. #Nichtohnemeinkopftuch). Eine neuere Entwicklung ist das häufige öffentliche Auftreten eines Sprechers von GI, Ahmed Tamim, auf zahlreichen propalästinensischen Demonstrationen seit dem 7. Oktober 2023.

Für MI, den jüngsten Kanal in der Gruppe, sind dagegen medienwirksame öffentliche Aktionen in Kombination mit professionell gestaltetem Social-Media-Content charakteristisch. Die Sprecher*innen des Kanals bezeichnen ihre Aktivitäten als politischen Aktivismus. Dementsprechend vermitteln bereits die ersten Videos von MI in ihrer gut umgesetzten Dramaturgie und Bildsprache Entschlossenheit und Tatkraft. In ihren Aktionen treten die Akteure von MI im uniformen Schwarz mit einem einheitlichen Branding auf. Teilnehmende an den Demonstrationen, Sicherheitskräfte und die anwesende Presse erscheinen wie Statist*innen in einer gut vorbereiteten Inszenierung, so dass sie dadurch die rhetorisch ausgefeilten Botschaften noch verstärken.¹¹ Während auf YouTube nur wenige, aber professionell anmutende Videos zu finden sind, liegt der Social-Media-Schwerpunkt von MI auf der derzeit besonders bei Jugendlichen populären Plattform TikTok.¹² Ihr Vorgehen erinnert an die medienwirksamen Aktivitäten der Identitären Bewegung.

Seit dem 7. Oktober 2023 treten jedoch nicht nur die inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen den vier Kanälen deutlich hervor. Sie zeigen auch viel offener eine gegenseitige Unterstützung bei Kritik, wie man es seit einigen Wochen zum Schlagwort *Kalifat* nachverfolgen kann (RI, 13.04.2024 und GI, 02.06.2024).

¹¹ Aufschlussreich zur Inszenierung von MI ist die Analyse von ZAPP (29.05.2024).

¹² Die TikTok-Accounts von MI sind mehrfach gesperrt worden, wobei die Sprecher*innen weiterhin auf ihren eigenen Accounts Content hochladen konnten. MI ist weiterhin intensiv auf YT-Shorts, Instagram und Twitter/X aktiv.





Aktuelle Narrative der islamistischen Kanalgruppe

Alle vier Kanäle der islamistischen Gruppe propagieren das *Kalifat* als Lösung für den Nahostkonflikt und Konflikte in islamischen Ländern. Hinweise auf Forderungen nach einem Kalifat in Deutschland können aus den vorliegenden Daten des bpb-Basismonitorings nicht nachgewiesen werden. Die aktuelle Debatte um die angeblichen Forderungen dieser Akteure nach einem Kalifat in Deutschland zeigt vielmehr, dass man genau recherchieren sollte, was von diesen medienaffinen Akteuren gesagt wird, und zudem abwägen sollte, welche schwerwiegenden Folgen es haben kann, wenn man sich undifferenziert äußert. Die Akteure der islamistischen Gruppe und darüber hinaus auch wichtige Influencer*innen (Actuarium, 07.05.2024) greifen Ungenauigkeiten zu ihrem Vorteil sofort auf und sehen sich in ihren schweren Vorwürfen bestätigt: Politik, Medien und Experten

würden Hetze, Lügen, Heuchelei betreiben und angeblich die Religions- und Meinungsfreiheit von Muslim*innen unterdrücken. So betont MI in seinen Videos ein „Kalifat als Lösung für den Nahen Osten“ und weist öffentliche Kritik, die daraus auch eine Forderung nach einem Kalifat in Deutschland heraushört, als Hetze gegen Muslime zurück (05.05.2024). Unterstützung findet MI ebenso bei GI (04.02.2024) und RI (05.05.2024). BDI spricht dagegen auch offener von einem „Kalifat als Lösung für die gesamte Menschheit“ (12.11.2023). Die Dynamik dieser Debatte zeigt deutlich, dass in der Kritik an diesen Akteuren mehr Sorgfalt vonseiten der Politik, Medien und Expert*innen angebracht ist.

Auch die Geschichtsbilder der vier Kanäle sind in den Deutungsversuchen bei Influencer*innen im popkulturellen Milieu wiederzufinden. Schwere Vorwürfe gegen Israel sind z. B. mit den Begriffen Kolonialismus oder Apartheid verbunden (Actuarium, 07.10.2023). In nationalstaatlichen Grenzen und Regierungssystemen sehen die vier Kanäle eine der Hauptursachen für die

*Die Dynamik dieser Debatte zeigt deutlich, dass in der Kritik an diesen Akteur*innen mehr Sorgfalt vonseiten der Politik, Medien und Expert*innen angebracht ist.*

Ungerechtigkeit und anhaltenden Konflikte in der Region. Die Grenzen seien eine Folge der kolonialen Ordnung, die nach dem Ende des Kalifats durch westliche Kolonialmächte in der Region geschaffen wurde. Ihr Fortbestand sei ein Mittel, um weiterhin die muslimische Bevölkerung der Region zu schwächen und zu unterdrücken. Entsprechend werden die aktuellen Regierungen im Nahen Osten von den vier Kanälen als „Verräter“, „Vasallen“ oder „Lakaien“ westlicher Staaten diffamiert. Der Staat Israel übernimmt in diesem Narrativ die Funktion eines Brückenkopfes, um die Herrschaft des „Westens“ in der Region aufrechtzuerhalten. BDI propagiert dazu auch einen Geschichtsentwurf, der laut einer prophetischen Offenbarung fünf Epochen umfasst. Zurzeit befände man sich in der Epoche der Gewaltherrschaft, auf die ein Kalifat und schließlich das Jüngste Gericht folgen würden (Hartwig et al., 2023).

Die Situation in Deutschland steht häufig im Mittelpunkt der Videos. Zentraler Aufhänger ist immer wieder der Begriff Staatsräson, der vielfach als Anlass von den vier Kanälen genutzt wird, um der Regierung und der angeblich unzureichenden Berichterstattung in den Medien „Heuchelei“ und „Doppelmoral“ vorzuwerfen. Auch diese Argumentation ist in zahlreichen Videos des popkulturellen Milieus zu finden (Actuarium, 24.11.2023; Marcelluswallace, 01.03.2024; Maestro, 31.10.2023).

Generell ist die Sprache in der islamistischen Kanalgruppe gegenüber Persönlichkeiten aus Politik, Medien, Wissenschaft oder zivilgesellschaftlichen Institutionen scharf und beleidigend. Die diffamierenden Vorwürfe richten sich auch gegen andersdenkende muslimische Persönlichkeiten sowie pauschal gegen Imame und islamische Verbände in Deutschland. Ihnen werden Untätigkeit und Kollaboration mit staatlichen Institutionen unterstellt. Sie gelten in ihrem Verständnis ebenfalls als „Verräter“ (Hartwig et al., 2023). Ein besonderes Charakteristikum von RI ist dabei die Verwendung von negativen Wortschöpfungen („Assimilationsagenda“, „Wertediktatur“), die auch den Sprachgebrauch von GI oder MI prägen. Verknüpft mit dem Nahostkonflikt dienen sie zu einer umfassenden Delegitimierung der demokratischen Strukturen und Politik in Deutschland. Insgesamt sehen die vier Kanäle jedoch Hass und Hetze nur von ihren Feindbildern ausgehend, wobei Wortanalysen ihrer Videos reichlich Nachweise für hasserfüllte und beleidigende Formulierungen der Akteure selbst gegen Andersdenkende erbringen (Hartwig et al., 2023).

Zentrale Fragen zum Nahostkonflikt werden von den Akteuren der PrE und Influencer*innen des popkulturellen Milieus nicht gestellt, z. B.: Welche Ziele verfolgt die Hamas? Wie begründet die Hamas das Massaker vom 7. Oktober 2023 und die Geiselnahmen? Offenbar scheint kein Interesse daran zu bestehen, welche Motive diese Terrororganisation leiten und welches Selbstverständnis sie prägt. Dagegen wird das Feindbild Israel als zionistischer Staat, der durch koloniale Strukturen und ein Apartheidsregime geprägt sei, fortwährend propagiert (Hartwig et al., 2023). Auch hier sind zahlreiche Versatzstücke im popkulturellen Milieu zu finden. Der Staat Israel als *zionistisches Projekt* erscheint als Verkörperung des absoluten Bösen, eng verbunden mit den ständig wiederholten schweren Vorwürfen wie Genozid und Völkermord (Aggressionsprobleme, 03.03.2024), wobei deutlich antisemitische Einstellungen erkennbar sind (Actuarium, 03.05.2024).¹³

13 Antisemitismus in der PrE wird Teil einer Publikation am Ende des Jahres im bpb-Basismonitoring sein. Wichtige Erkenntnisse zu Antisemitismen im Nahostkonflikt finden sich auch in den Publikationen des Projektes „Decoding Antisemitism“ (Becker et al., 2024).

Literatur

Baaken, Till, Hartwig, Friedhelm & Meyer, Matthias (2020). modus|insight KorRex. Korrelationen der religiös begründeten englisch- und deutschsprachigen Extremismusperipherie auf YouTube und Implikationen für die Radikalisierungsprävention. Abgerufen von: https://modus-zad.de/wp-content/uploads/2022/11/modus_insight_KorRex.pdf [10.06.2024].

Baaken, Till & Hartwig, Friedhelm (2020). Die Peripherie des religiös begründeten Extremismus. Handreichung 3. Narrative der PrE. Wiederkehrende Narrative und erfolgreiche Schlüssel-nachrichten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen von: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/modus_bpb_Handreichung-3_0.pdf [10.06.2024].

Becker, Matthias J. et al. (2024). Decoding Antisemitism: An AI-driven Study on Hate Speech and Imagery Online. Discourse Report 6. Berlin: Technical University Berlin. Centre for Research on Antisemitism. Abgerufen von: https://decoding-antisemitism.eu/wp-content/uploads/2024/02/TU_DA6_WEB-1.pdf?x89829 [10.06.2024].

Berendsen, Eva & Schnabel, Deborah (Hrsg.). Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz. Analysen & Empfehlungen der Bildungsstätte Anne Frank. Report #Nahostkonflikt. Bildungsstätte Anne Frank. Abgerufen von: https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres_P%C3%A4dagogisches_Material/TikTok_Report_Nahostkonflikt_BSAF_2024_neu.pdf [10.06.2024].

bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) (o. J.). Randbereiche des Extremismus auf YouTube, TikTok und Instagram. Projektwebseite der Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen von: <https://www.bpb.de/lernen/bewegt/bild-und-politische-bildung/themen-und-hintergruende/322791/randbereiche-des-extremismus-auf-youtube-instagram-und-tiktok/> [10.06.2024].

Hartwig, Friedhelm & Hänig, Albrecht (2021). Monitoring der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE)“. Jahresbericht. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen von: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/modus_bpb_Bericht_2021_v2b.pdf?download=1 [10.06.2024].

Hartwig, Friedhelm, Hänig, Albrecht & Seelig, Johanna (2022). Monitoring der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE). Quartalsbericht 4/2022. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen von: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_FQA_Q04_2022.pdf?download=1 [10.06.2024].

Hartwig, Friedhelm, Seelig, Johanna, Jung, Elena & Ahmed, Mahdi (2023). Monitoring der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE). Quartalsbericht 4/2023. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen von: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_Basismonitoring_QB4_2023.pdf?download=1 [10.06.2024].

ZAPP – Das Medienmagazin (29.05.2024). Kalifat für Deutschland? So nutzen Islamisten die Medien für sich. ZAPP, NDR. Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=PncRvF0phGk> [10.06.2024].

YouTube-Videoquellen

Actuarium (2023, November 24). Israelischer Moderator kündigt an: Wir werden ALLE töten. Abgerufen von: https://www.youtube.com/watch?v=YwemT_dDgEE [18.06.2024].

Actuarium (2024, Mai 7). Die Kalifats-Demo – Verboten? Teilnehmer ausweisen? Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=hnrVZD0-zkE> [18.06.2024].

GI (2024, Februar 4). Haben wir GELOGEN? Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=Sh7HkGz-v0A> [18.06.2024].

GI (2024, Juni 2). Reaction: Marcel Krass | Kalifat in Deutschland? (02.06.2024). Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=X12p5uS7GwI> [10.06.2024].

Maestro (2023, Oktober 31). Das unfassbare (!) MANIFEST der BILD. Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=YK5xwCDlm3g> [18.06.2024].

Marcelluswallace (2024, März 1). Maestro – Was ist los in Rafah \ Gaza – Marcellus Wallace Twitch.TV. Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=dq2DfMihT7Y> [18.06.2024].

MI (2024, Mai 5). Muslim Interaktiv setzt Zeichen | #SogehorchenichtdenLügnern. Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=S2ZVwRMuG2E&t=57s> [18.06.2024].

RI (2024, April 13). „Pop-Islamisten“: Versuchte Einschüchterung muslimischer Influencer! – Suhaib Hoffmann (13.04.2024). Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=UI0IQbN9X2o> [10.06.2024].

RI (2024, Mai 5). Das ist Wertediktatur! – Suhaib Hoffmann. Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=cn-S4GDw4sk> [18.06.2024].

Aktuelle Instrumentalisierungen des Nahostkonflikts

Ein phänomenübergreifender Vergleich

Dr. Piotr Suder und Tariq N. Butt, IFAK e. V.

Die Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 und der damit begonnene Krieg haben weltweite Reaktionen hervorgerufen. Gewaltsame Übergriffe auf Jüdinnen und Juden sind massiv angestiegen (Bundesverband RIAS, 2023). Der Verfassungsschutz verzeichnete allein im Oktober 2023 1342 antisemitische Straftaten im Vergleich zu 208 antisemitischen Straftaten im Jahr zuvor (BMI, 2024). Gleichzeitig wird die aktuelle Situation zur Agitation gegen Migrant*innen genutzt und Muslim*innen sehen sich mit einem Generalverdacht des Antisemitismus konfrontiert (Cheema, 2023). Daraus ergibt sich eine besondere Relevanz für die Präventionsarbeit.

*Während es in der Vergangenheit v. a. darum ging, Muslim*innen zu mobilisieren, sind die Gruppierungen dazu übergegangen, auch die Mehrheitsgesellschaft anzusprechen und für ihre Positionen zu gewinnen.*

Der Artikel diskutiert aktuelle Instrumentalisierungen des Nahostkonflikts in der Bundesrepublik Deutschland aus einer phänomenübergreifenden Perspektive. Die eingenommene phänomenübergreifende Perspektive bezieht sich auf konzeptionelle Überlegungen und verschiedene Ansätze, die mehrere extremistische Phänomene sowie deren Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Wechselwirkungen berücksichtigen. Dies erscheint hilfreich, da auch in der Präventionspraxis die Problemlage einseitig behandelt wird.

Mit dem Fokus auf die Bereiche Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus soll die mögliche Existenz anderer Formen der Instrumentalisierung (z. B. christlicher Fundamentalismus) nicht bestritten werden. Es stellt vielmehr eine Gewichtung im Sinne des Mobilisierungspotenzials dar.

Wir verstehen unter Instrumentalisierung die Nutzung des Konflikts für die eigenen politischen Zwecke. Ziel kann es sein, bestimmte Ideologien und Feindbilder zu verbreiten, die eigene Position zu legitimieren, politische Gegner*innen und Feinde zu diskreditieren oder die eigene Anhängerschaft zu vergrößern. Letztlich geht es um die Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne der eigenen Weltanschauung.

„Avantgarde des islamischen Widerstandes gegen, die Zionisten‘ und den Westen“

Israelbezogener Antisemitismus stellt eine zentrale ideologische Säule des Islamismus dar, und die Ablehnung Israels gehört seit Jahren zu den Hauptthemen islamistischer Onlineaktivisten (Hartwig & Hänig, 2021, S. 12). Im Folgenden wird der Blick vor allem auf die öffentliche Kommunikation in sozialen Medien und auf den Streaming-Plattformen YouTube und TikTok gerichtet. Im Zentrum stehen dabei die Gruppierungen *Realität Islam (RI)*, *Generation Islam (GI)* und *Muslim Interaktiv (MI)*, die der verbotenen islamistischen Organisation Hizb-ut-Tahrir zugerechnet werden (Baron, 2021; BMI, 2024). Der Nahostkonflikt wird als Ausdruck eines vermeintlich weltweiten Vorgehens des Westens und der Zionist*innen gegen den Islam und die Muslim*innen im Rahmen einer ungerechten kolonialen und imperialen Ordnung dargestellt (Schubert, 2021, S. 3). Israel bildet in dieser Lesart eine Speerspitze dieser Herrschaftsstruktur, die es zu überwinden gelte. Hierbei wird an die Gemeinschaft der Muslim*innen, die Umma, appelliert, sich mit den Palästinenser*innen zu solidarisieren und sich für die Entstehung eines islamischen Kalifats jenseits nationalstaatlicher Grenzen einzusetzen. Nur so könnten diese vermeintlichen und realen Ungerechtigkeiten überwunden und die Palästinenser*innen befreit werden (MI, 2023a). Hierbei werden zahlreiche drastische Bilder der Opfer des Krieges präsentiert, um die Zuschauerschaft zu mobilisieren (MI, 2024; GI, 2024). Die Gruppierungen inszenieren sich in ihren Videos als Avantgarde eines Widerstands gegen den „Zionismus“ und Israel wird grundsätzlich die Existenzberechtigung abgesprochen. Dies zeigt sich mitunter an Formulierungen wie „das sogenannte Israel“ oder daran, dass Israel häufig in Anführungszeichen gesetzt wird.



Zu einem zentralen Argumentationsmuster hat sich zudem die Kritik einer einseitigen Solidarisierung von Politik und Medien mit Israel entwickelt. Restriktive Maßnahmen gegen propalästinensische Demonstrationen sowie Äußerungen von Politiker*innen und eine Berichterstattung, die vor allem in der Anfangsphase des Gazakrieges das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung nach Ansicht einiger Kritiker*innen zu wenig berücksichtigte, bilden für islamistische Gruppierungen willkommene Anknüpfungspunkte, um ihr Narrativ einer Meinungsdiktatur und ihr Opfer narrativ zu verbreiten (Cheema, 2023). In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf die Meinungsfreiheit verwiesen und selbstbewusst die deutsche Regierung für ihre Politik der Waffenlieferung und Parteinahme für Israel kritisiert sowie Rede- und Demonstrationsverbote in Deutschland angeprangert. Während es in der Vergangenheit v. a. darum ging, Muslim*innen zu mobilisieren, sind die Gruppierungen dazu übergegangen, auch die Mehrheitsgesellschaft anzusprechen und für ihre Positionen zu gewinnen (RI, 2024; GI, 2023). Die Gruppierungen vermeiden es weitgehend, abfällig von Jüdinnen und Juden zu sprechen und bedienen sich stattdessen des Feindbildes „Zionist“. Ziel ist es, dass sich die Bevölkerung von der offiziellen Politik distanzier und eine antiisraelische Haltung entwickelt (MI, 2023b). Religiöse Narrative spielen dabei eine untergeordnete Rolle.

„Grenzschießung als oberstes Ziel“

Die rechtsextreme Szene in Deutschland ist heterogen und zeigt unterschiedliche Positionen zu den Konfliktparteien. Je stärker der Bezug zum Nationalsozialismus, desto deutlicher werden antijüdische und antiisraelische Ressentiments. Verschwörungsnarrative finden sich aber nicht nur bei offen antisemitischen Akteur*innen des Rechtsextremismus. Allen Teilen der extremen Rechten gemeinsam ist die Instrumentalisierung des Nahostkonflikts für migrationspolitische Zwecke. Überfremdungsnarrative und die Behauptung, der Konflikt werde durch Migration nach Deutschland importiert, dienen zur Formulierung von Zuwanderungsbeschränkungen und Abschiebungsplänen.



Das neonazistische Spektrum des Rechtsextremismus lehnt den Staat Israel klar ab. Die Terroranschläge vom 7. Oktober werden als legitimer Befreiungskampf glorifiziert, und es kommt zu Solidaritätsbekundungen mit den Palästinenser*innen. So hängte der Kreisverband Dortmund von *Die Heimat* (ehem. NPD) vier Tage nach den Anschlägen der Hamas eine Palästinaflagge und ein Banner mit der Aufschrift „Der Staat Israel ist unser Unglück“ auf (BMI, 2024). Im Geiste der antisemitischen Parole „Die Juden sind unser Unglück“ wird Israel sowohl für die Eskalation im Nahen Osten als auch für Missstände in Deutschland verantwortlich gemacht. Gleichzeitig zeigen laut der Partei *Der Dritte Weg* (DDW) die bundesweiten Pro-Palästina-Demonstrationen den „Grad der Überfremdung“ an, da diese überwiegend von „Arabern und anderen Migranten“ getragen seien (DDW, 2023). Die antiisraelische Haltung und die Solidarisierung mit palästinensischen Nationalbestrebungen sind mit einem klaren Bekenntnis zur „forcierten Remigration von Ausländern“ verbunden. Diese sollten in „ihren Heimatländern“ für ihre Sache einstehen und direkt im Nahen Osten gegen den Zionismus kämpfen“ (DDW, 2023).

Im Spektrum der sogenannten Neuen Rechten finden sich ähnliche Positionen unter ethnopluralistischen Vorzeichen. Im Gegensatz zu neonazistischen Gruppierungen wird jedoch für eine Äquidistanz zu den Konfliktparteien im Nahen Osten plädiert, um Spaltungen im rechten Lager zu vermeiden und die innenpolitischen Auswirkungen des Nahostkonflikts zu fokussieren. Vor dem Hintergrund der Verschwörungsvorstellung des „großen Austauschs“ überlegt Martin Sellner, wie die Reaktionen der Öffentlichkeit auf antiisraelische Agitationen in Deutschland für die eigenen Remigrationsbemühungen genutzt werden könnten (Sellner, 2023). Langfristig müsse für Sellner die deutsche Staatsräson gegenüber Israel überwunden werden. Dies bedeute jedoch nicht, dass Abschiebungen, die mit der deutschen Staatsräson begründet würden, zu kritisieren seien. „Schuldkultpatrioten“ sollten laut Sellner nicht als Kooperationspartner für Einbürgerungsbeschränkungen und Ausbürgerungen verschreckt werden (ebd.).

Aufgrund der Einstufung als rechtsextremer Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz und der Bewertung mehrerer Landesverbände als sicher rechtsextrem wird im Folgenden die *Alternative für Deutschland (AfD)* erwähnt (BMI, 2024). Dabei darf nicht übersehen werden, dass es nach wie vor rechtsdemokratische Teile innerhalb der Partei gibt. In der AfD gibt es zwei Linien zur Eskalation des Nahostkonflikts: eine, welche die Solidarität mit Israel betont, und eine, die Äquidistanz zu den Konfliktparteien fordert. Beide Linien verbinden ihre Positionen mit migrationspolitischen Forderungen nach Zuwanderungsbeschränkungen und Rückführungen. So erklärte die Antisemitismusbeauftragte der AfD, Beatrix von Storch, in einer Pressemitteilung, sie werde sich weiterhin „gegen importierten Antisemitismus engagieren“ (AfD-Bundestagsfraktion, 2023). Antisemitismus in der Bundesrepublik sei vor allem ein Einwanderungsproblem.

„Der Nahostkonflikt als vorderste Front der globalen Befreiungsbewegung“

Das linksextreme Spektrum ist vielfältig und teilt sich bezüglich des Nahostkonflikts anhand der Ausrichtung zum Antizionismus. Die Ideologie des Antizionismus richtet sich gegen die jüdische Nationalbewegung (*Zionismus*) und den Staat Israel. Ursprünge des linken Antizionismus liegen in der Sowjetunion unter Stalin und der Neuen Linken.

Ein Teil der extremen Linken lehnt den Antizionismus ab, da er als geopolitische Reproduktion des Antisemitismus gesehen wird. Beispielhaft wurde am autonomen Szeneobjekt Rote Flora nach den Terroranschlägen vom 7. Oktober ein Plakat mit der Aufschrift „Killing Jews is not Fighting for Freedom!“ angebracht (BMI, 2024). Dies stellt eine szeneeinterne Reaktion auf Instrumentalisierungsversuche durch andere Teile der extremen Linken dar.

Besonders Gruppierungen aus dem antiimperialistischen und marxistisch-leninistischen Spektrum nutzen die erneute Eskalation für ihre politische Agitation. Die mittlerweile verbotene Vorfeldorganisation der *Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP)*, *Samidoun*, veranstaltete nach den Anschlägen eine Jubelfeier in Berlin-Neukölln (BMI, 2024). Sie sehen diese als erfolgreiche Beispiele für antiimperialistischen Widerstand. Ihrer Ansicht nach ist der Kampf gegen den Zionismus die vorderste Front der globalen Befreiungsbewegung.

Die Jugendorganisation *Young Struggle (YS)* der *Marksist Leninist Komünist Parti (MLKP)* veröffentlichte drei Tage nach den Anschlägen eine Erklärung, in der sie den Terroranschlag als „landesweiten Volksaufstand der palästinensischen Widerstandsbewegung“ bezeichnet, mit dem man sich solidarisieren müsse (YS, 2023). Sie beschwören eine „Einheitsfront der Völker“, wobei der Kampf gegen Israel die vorderste Front einer globalen Befreiungsbewegung darstellt. Auffällig ist der instrumentelle Charakter: Palästinenser*innen dienen als Projektionsfläche für die eigenen Revolutionsfantasien. Ansätze, die eine Koexistenz oder sogar Kooperation zwischen Palästinenser*innen und Israelis anstreben, werden abgelehnt.

Die Gruppe *Kommunistische Organisation (KO)* kritisiert in einem Artikel jene Teile der Solidaritätsbewegung mit den Palästinenser*innen, die sich von den Terroranschlägen, der Gewalt und den Geiselnahmen distanzieren (KO, 2024). Sie sehen in der

Wir verstehen unter Instrumentalisierung die Nutzung des Konflikts für die eigenen politischen Zwecke.

„al-Aqsa-Flut“ eine erfolgreiche Aktion gegen die Besatzungsmacht, die volle Unterstützung verdiene. Vorstellungen einer Zweistaatenlösung oder eines Bündnisses zwischen palästinensischen und israelischen Arbeiter*innen werden abgelehnt, da sie den „siedlerkolonialen Charakter des zionistischen Projekts Israel“ verkennen würden. Ziel müsse es sein, „das Existenzrecht Israels eindeutig zu verneinen“ und „die Befreiung ganz Palästinas zu fordern“, um die Welt von Kolonialismus, Imperialismus und Kapitalismus zu befreien.

Phänomenübergreifender Vergleich

Betrachtet man die untersuchten Gruppen der Phänomenbereiche Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus, so lassen sich Gemeinsamkeiten im Widerstandsdispositiv, im Verschwörungsdenken und in der Konstruktion homogener Kollektividentitäten feststellen.

Unter dem „Widerstandsdispositiv“ (Nössing, 2022) wird ein Komplex von Erzählungen, Handlungen und Aktionen verstanden, der die eigene Position als widerständig darstellt und rechtfertigt. Dabei geht es sowohl um die Legitimation nach außen als auch nach innen im Sinne des Selbstverständnisses. Es kann im Kontext dieser Untersuchung als Brückennarrativ verstanden werden, da es unabhängig von der ideologischen Ausrichtung geteilt wird und auf ideologische Schnittmengen und damit verbundene Kooperationsmöglichkeiten verweist. Die untersuchten Phänomenbereiche verstehen sich als notwendiger Widerstand gegen eine bedrohliche Übermacht. Was aber diese Übermacht ist, gegen die Widerstand geleistet werden soll, bleibt bei allen Gruppierungen diffus.

Im Verschwörungsdenken, das immer auch antisemitisch geprägt ist, findet sich eine weitere Gemeinsamkeit. Das islamistische Bild des Westens, die rechtsextremistische Vorstellung vom „Großen Austausch“ und auch der linksextremistische Antisemitismus funktionieren als Welterklärungen strukturell ähnlich, indem abstrakte gesellschaftliche Prozesse konkretisiert und die Verantwortung für gesellschaftliche Miss- und Zustände auf das verborgene Wirken einer ominösen Gruppe zurückgeführt werden (Salzborn, 2022). Die damit verbundenen Feindbilder wie „Globalisten“, „Zionisten“ etc. verhalten sich äquivalent zum antisemitischen Bild „der Juden“. Dieser diffusen Übermacht wird ein vermeintlich homogenes und vermeintlich konkretes Kollektiv gegenübergestellt.

Die untersuchten Phänomene teilen dabei die Konstruktion von Identitätsfantasien, sei es als „Umma der wahren Muslim*innen“, als „Nation der wahren Deutschen“ oder als „Gemeinschaft der unterdrückten Völker“. Diese Identitäten bilden die Grundlage der jeweiligen Politik, und im Namen dieser kollektiven Einheiten wird Widerstand geleistet. Obwohl das vermeintliche Wohl der jeweiligen Gruppe als Rechtfertigung für das eigene Handeln dient, werden Individualität und Subjektivität innerhalb dieser Identitätskonstruktionen nicht zugelassen. Daraus resultiert nicht nur eine aggressive Haltung gegenüber dem vermeintlichen „Außen“ der eigenen Gruppe, sondern auch ein repressiver Zwang nach innen (Salzborn, 2022).

Trotz dieser Gemeinsamkeiten ist es wichtig, die Unterschiede nicht aus den Augen zu verlieren. Zwar funktionieren die kollektiven Identitätskonstruktionen strukturell ähnlich, inhaltlich unterscheiden sie sich jedoch. Während der rechtsextremistische Ethnopluralismus eine gewisse Nähe zu linksextremistischen Volksbefreiungsideen aufweist, kommt die Identitätskonstruktion im Islamismus ohne ethnische Kategorien aus. Auch aus dem geteilten Verschwörungsdenken und dem damit verbundenen Widerstandsdispositiv kann nicht unmittelbar auf eine gemeinsame Politik geschlossen werden. Zwar sind gemeinsame Kooperationen über die Grenzen der jeweiligen Weltanschauungen hinweg empirisch feststellbar, insbesondere bei antiisraelischen Aktionen, Kampagnen und Demonstrationen kommt es zu Allianzen (BMI, 2024). Zugleich zeichnen sich jedoch Bruchlinien ab, die eine längerfristige und vertiefte Zusammenarbeit bislang ausschließen. Die rechtsextremistische Forderung nach „Remigration“ im Kontext der aktuellen Eskalation steht in starkem Kontrast zum Selbstverständnis von Linksextremismus und Islamismus.

Fazit

Der phänomenübergreifende Vergleich der Instrumentalisierungen des Nahostkonflikts im islamistischen, rechtsextremen und linksextremen Spektrum zeigt, dass es zugrunde liegende Strukturen gibt, die von allen Phänomenbereichen geteilt werden. Dazu gehören das Widerstandsdispositiv, Verschwörungsdenken und die Konstruktion homogener und kollektiver Identitäten. Diese Erkenntnis des Vergleichs erscheint vor allem für die primärpräventive Arbeit mit heterogenen Zielgruppen relevant. Ausgehend von Gemeinsamkeiten können Präventionsprogramme und -strategien entwickelt werden. Ein Vorteil dabei ist, dass nicht Teile der Zielgruppe stigmatisiert und unter Generalverdacht gestellt werden. Vielmehr zeigt sich das Problem als gesamtgesellschaftliches Phänomen, das anhand sogenannter Extremist*innen veranschaulicht und diskutiert werden kann. Auch der Bezug zur sogenannten Mitte der Gesellschaft kann eröffnet werden, indem kritisch reflektiert wird, inwiefern sich die propagierten Narrative auch in breiteren Bevölkerungsschichten wiederfinden.

Dr. Piotr Suder

ist Sozialwissenschaftler und interessiert sich seit Jahren für die Themen Migration, Rassismuskritik und religiös begründeter Extremismus. In seiner Dissertation setzte er sich mit Legitimierungsprozessen von Moscheebauprojekten und der Vernetzung von muslimischen Gemeinden auseinander. Seit 2015 arbeitet er für den Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe (IFAK e. V.) und leitet dort das Projekt „Extremismus Prävention Online“ (ExPO). Darüber hinaus ist Piotr Suder freiberuflich als Dozent und politischer Bildner für verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen, Behörden und Hochschulen tätig.

Tariq N. Butt

studiert Sozialwissenschaft, Medienwissenschaft und Philosophie an der Ruhr-Universität Bochum. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Islamismus. Seit Januar 2024 ist er Bildungsreferent im Projekt „Extremismus Prävention Online“ (ExPO) bei IFAK e. V.

Literatur

AfD-Bundestagsfraktion (2023, Oktober 30). AfD-Fraktion hat schon lange vor Gefahren der Massenmigration aus islamischen Ländern gewarnt. Abgerufen von: <https://afdbundestag.de/beatrice-von-storch-afd-fraktion-hat-schon-lange-vorgefahren-der-massenmigration-aus-islamischen-laendern-gewarnt> [24.06.2024].

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2024). Verfassungsschutzbericht 2023. Abgerufen von: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2024-06-18-verfassungsschutzbericht-2023-startseitenmodul.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [18.06.2024].

Bundesverband RIAS e. V. (2023). Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober. Abgerufen von: https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf [24.06.2024].

Cheema, Saba-Nur (2023). Der Nahostkonflikt ist eine Projektionsfläche. Im Interview im iz3w, Heft 400. Abgerufen von: <https://www.iz3w.org/artikel/saba-nur-cheema-linke-antisemitismus-antimuslimischer-rassismus> [24.06.2024].

DDW (Der Dritte Weg) (2023, Oktober 20). Zionismus in der BRD: Herrschende stören sich an Pro-Palästina-Demos. Abgerufen von: <https://der-dritte-weg.info/2023/10/zionismus-in-der-brd-herrschende-stoeren-sich-an-pro-palaestina-demos> [18.06.2024].

GI (Generation Islam) (2023, Oktober 27). 10 Fakten über Palästina. Abgerufen von: <https://vm.tiktok.com/ZGegKmHgj> [24.06.2024].

GI (Generation Islam) (2024, Mai 30). Die Chronologie eines Live Gen0zids 2024. Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=7ESdyXfitpU> [24.06.2024].

Hartwig, Friedhelm & Hänig, Albrecht (2021). Monitoring der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

KO (Kommunistische Organisation) (2024, Januar 23). Widersprüche in der Palästinasolidarität. Abgerufen von: <https://kommunistische-organisation.de/artikel/widersprueche-in-der-palaestinasolidaritaet> [20.06.2024].

MI (Muslim Interaktiv) (2023a, November 25). Alhamdulillah, in der Ummah steckt. Abgerufen von: <https://vm.tiktok.com/ZGe85npwf> [26.06.2024].

MI (Muslim Interaktiv) (2023b, Dezember 30). Demo „Gegen Sprech- und Demonstrationsverbote“ wird verboten? Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=oDhBRDsTGFI&t=187s> [24.06.2024].

MI (Muslim Interaktiv) (2024, Januar 2). Hazatni – Ich wurde erschüttert. Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=uJt-otTunZ0&rco=1> [24.06.2024].

Nössing, Elisabeth (2022). Das Widerstandsdispositiv im islamistischen Extremismus. KN:IX Analyse #6, Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“.

RI (Realität Islam) (2024, November 15). Palästina-Demos: ZDF hetzt Gesellschaft auf. Abgerufen von: <https://www.youtube.com/watch?v=oo7PVoqUkpk&t=4s> [24.06.2024].

Salzborn, Samuel (2022). Globaler Antisemitismus: Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. 3., überarbeitete und ergänzte Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.

Schubert, Kai E. (2021). Reflexionen über den Nahostkonflikt als Thema der selektiven und indizierten Präventionsarbeit. KN:IX Impuls #1, Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“. Abgerufen von: https://kn-ix.de/wp-content/uploads/2022/07/221117_KNIX-Impuls-1-1.pdf [01.07.2024].

Sellner, Martin (2023, Oktober 22). Völkische Antideutsche, das rechte Lager und der Nahostkonflikt. Sezession. Abgerufen von: <https://sezession.de/68264/voelkische-antideutsche-das-rechte-lager-und-der-nahostkonflikt> [20.06.2024].

YS (Young Struggle) (2023, Oktober 10). Die Al-Aqsa Flut – Der Gefängnisausbruch des palästinensischen Volkes. Abgerufen von: <https://web.archive.org/web/20231013215534/https://young-struggle.org/die-al-aqsa-flut-der-gefaengnisausbruch-des-palaestinenischen-volkes/> [20.06.2024].

Auswirkungen auf die Präventionsarbeit

Zwischen Polarisierung und Chance

Islamismusprävention nach dem 7. Oktober

Ulrike Hoole und Axel Schurbohm,
BAG RelEx

Der palästinensisch-israelische Konflikt (auch Nahostkonflikt) ist derzeit nicht nur *das* Thema, das Islamist*innen online wie offline beschäftigt, sondern auch eines der zentralen Themen der Islamismusprävention – zumindest in einigen Arbeitsbereichen. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Auswirkungen des Angriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 auf die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Präventionspraxis, die die BAG RelEx beobachten konnte. Welche Herausforderungen sehen zivilgesellschaftliche Präventionsakteure für ihre praktische Arbeit? Welche Veränderungsbedarfe werden diskutiert und welche Rahmenbedingungen sind angesichts der verschärften Situation für erfolgreiche zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit notwendig?

Der 7. Oktober und die Polarisierung der Debatten um Nahostkonflikt und Antisemitismus

Prävention ist immer vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Debatten und Konfliktlagen zu verorten und wird von diesen beeinflusst. Der 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Gazakrieg beeinflussten mediale, politische und gesamtgesellschaftliche Debatten in Deutschland stark und trugen zu einer Zuspitzung bereits vorhandener Konflikte bei, was sich in einer starken Zunahme sowohl antisemitischer als auch antimuslimischer Vorfälle äußerte (vgl. El-Menouar in diesem Band).

Der Anstieg antisemitischer und israelfeindlicher Äußerungen und Übergriffe war sowohl in den sozialen Medien als auch auf Demonstrationen zu beobachten. Hier vermischen sich legitimer Protest gegen reale Missstände und das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gazastreifen mit pauschalisierenden Zuschreibungen und Legitimation von Gewalt, Hasspropaganda und teilweise islamistischer Ideologie. Debatten in Bezug auf Antisemitismus in muslimisch oder arabisch geprägten Communitys waren in der Folge zunehmend durch starke Polarisierung und pauschalisierende Zuschreibungen geprägt. Insbesondere fand eine Verlagerung der Verantwortung für Antisemitismus, obwohl dieser ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt, auf arabisch/muslimisch gelesene Personen statt (El-Menouar & Vopel, 2023, S. 3). Besonders wurde dabei das Problem eines

Fast ausnahmslos stellen sich die Fachkräfte jedoch die Frage, welche Auswirkungen die aktuelle Situation auf das Radikalisierungs-geschehen der nächsten Jahre haben wird.

vermeintlich *importierten* Antisemitismus betont. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur Forderungen nach Abschiebungen von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft bei antisemitischen Äußerungen oder Straftaten laut, sondern sogar danach, in diesen Fällen „integrationsunwilligen“ Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft den deutschen Pass zu entziehen (Schlünz, 2023). Von mehreren Politiker*innen wurde die Aufforderung an arabische und muslimische Personen gerichtet, sich von den Gewalttaten der Hamas zu distanzieren, womit ihnen allein begründet durch Herkunft oder Religion pauschal der Verdacht unterstellt wurde, die Terrororganisation zu unterstützen. Nicht zum ersten Mal wurden damit Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus gegeneinander ausgespielt.

Eine starke Polarisierung mit wenig Raum für Zwischentöne charakterisiert also derzeit die öffentlichen Debatten; ein Umstand, den wiederum islamistische Akteur*innen für sich zu nutzen wissen.

Verschärfte Bedingungen für zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit

Der Nahostkonflikt, besonders in Phasen militärischer Eskalation, wurde bereits in der Vergangenheit in islamistischer Propaganda auch in Deutschland aufgegriffen und wirkt für diese als wichtiges Mobilisierungsmoment (Schubert, 2022, S. 4). Ähnliches ist seit dem 7. Oktober zu beobachten – der Angriff der Hamas und die darauffolgende militärische Eskalation des Konflikts werden von islamistischen Gruppen unterschiedlicher Couleur gezielt instrumentalisiert, um zu radikalisieren und zu mobilisieren. Das äußert sich z. B. in vermehrter Aktivität in den sozialen Medien, Aufrufen zu Demonstrationen und aus dem dschiha-distischen Spektrum auch in Aufrufen zu Anschlägen. Nicht nur antisemitische Einstellungen, sondern auch die reale Bedrohung für jüdische und israelische Personen und Einrichtungen sowie die Anzahl antisemitischer Straftaten sind gestiegen (BfV, 2023; Korge, 2023).

Beobachtungen aus dem Schulkontext

Praktiker*innen aus den Bereichen der Primär- und Sekundärprävention beobachten, dass ihre (meist) jugendlichen Zielgruppen seit dem 7. Oktober 2023 viel stärker als zuvor mit islamistischen Inhalten in den sozialen Medien konfrontiert sind. Die Verbreitung und der Konsum islamistischer Inhalte mit direktem Bezug zum Angriff der Hamas und zum Gazakrieg sind in den sozialen Medien enorm angestiegen (Hartwig et al., 2023, S. 4, 32). Durch den hoch emotionalisierten Fokus dieser Inhalte auf das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung gelingt es Islamist*innen gut, Jugendliche zu erreichen, was sich in einer teilweise sehr einseitigen Identifikation äußert (vgl. auch Schnabel & Berendsen, 2024, S. 29 ff.). Diese Akteur*innen nutzen auch die bereits angesprochenen polarisierenden Debatten und antimuslimische Stimmungsmache für sich und sprechen z. B. von einer „Dämonisierung aller Muslime“ (Hartwig et al., 2023, S. 7 f.). Die Verbreitung von selektiven Informationen trägt zu einseitigem Wissen über den Nahostkonflikt bei Jugendlichen bei. In der Präventionspraxis wird teils auch mangelndes Wissen über die Zeit des Nationalsozialismus und die Shoah beobachtet. Zudem ist bei Jugendlichen ein Vertrauensverlust in Demokratie und Medien zu beobachten, es werden Sprechverbote und Delegitimierung der eigenen Positionen wahrgenommen. Dies wird von islamistischen Akteur*innen noch bestärkt, indem diese z. B. von einem „Meinungsdiktat zur bedingungslosen Solidarität mit Israel“ sprechen (ebd.).

Ulrike Hoole

ist seit 2021 Fachreferentin für religiös begründeten Extremismus bei der BAG RelEx. Sie hat Arabistik und Internationale Beziehungen (BA), Middle East Politics (MSc) und Islamwissenschaft (MA) in Leeds, Kairo, London und Berlin studiert. Ihr inhaltlicher Fokus lag dabei auf islamischen politischen Ideologien sowie islamistischen Organisationen in der MENA-Region. Sie ist ausgebildete Systemische Beraterin (DGSF) und verfügt über praktische Erfahrung in der Beratung von Jugendlichen mit Fluchterfahrung und in der Primärprävention von islamistischem Extremismus an Schulen.

Axel Schurbohm

ist Sozialarbeiter und seit 2020 als Fachreferent für religiös begründeten Extremismus für die BAG RelEx tätig. Zuvor arbeitete er in unterschiedlichen Projekten der Radikalisierungsprävention bei der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V. sowohl in primär- als auch tertiärpräventiven Angeboten. Darüber hinaus unterstützte er durch seine beratenerische Tätigkeit für die Beratungsstelle Veritas Betroffene von Verschwörungserzählungen. Er ist zertifizierter Systemischer Berater, Coach und Supervisor (DGSF).



Die Polarisierung gesamtgesellschaftlicher Debatten spiegelt sich ebenso im Schulkontext wider, wo teils sogar eine Frontenbildung zwischen Jugendlichen und Lehrkräften stattfindet, wobei Jugendliche sich häufig stark mit der Zivilbevölkerung in Gaza identifizieren, während sich Lehrkräfte mit Israel solidarisieren. Bei Lehrkräften wird eine starke Unsicherheit im Umgang mit dem Konflikt wahrgenommen. Diese Unsicherheit äußert sich auf unterschiedliche Weise, etwa in einer Tabuisierung des Konflikts, andererseits aber auch in Überreaktionen und vorschnellen Repressionen und Verboten von Symbolen mit Palästina-bezug, selbst wenn diese nicht für eine Unterstützung

der Hamas stehen. Mit Bezug auf den Nahostkonflikt wird von Fachkräften der Präventionsarbeit zudem berichtet, dass Lehrkräfte antisemitische und/oder israelkritische Äußerungen von Jugendlichen vorschnell mit muslimischer und/oder arabischer Identität verknüpfen. Generell zeigt sich hier, was Präventionsakteure auch in der Vergangenheit schon beobachtet haben: dass Vorurteilshaltungen, z. B. in schulischen Kontexten, häufig mit rassistischen und ressentimentgeleiteten Diskursen in Medien und Politik einhergehen (KN:IX, 2021).



Auswirkungen auf Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit

Auch in Angeboten der tertiären Prävention, also Ausstiegs- und Distanzierungsbegleitung im Kontext Islamismus, zeigen sich Herausforderungen für die Praktiker*innen, die sich aus den Folgen des terroristischen Angriffs der Hamas am 7. Oktober und dem darauffolgenden Krieg in Gaza entwickelt haben. Durch die Unsicherheit und Überforderung der pädagogischen Fachkräfte und Lehrer*innen in Schule und offener Kinder- und Jugendhilfe sowie Politik und Medien im Umgang mit dem hochemotionalen Thema haben die Anfragen an die Beratungsstellen rapide zugenommen. Auch Monate nach dem Wiederaufflammen des Konflikts befinden sich die Zahlen weiterhin auf einem hohen Niveau. Es hat sich jedoch, so die Berichte aus den Beratungsstellen, lediglich die Quantität, nicht aber die Qualität verändert. Anfragen sind also in der Regel in den benannten Unsicherheiten im Umgang mit dem Konflikt und weniger mit einer tatsächlichen Zunahme von Radikalisierungen bei jungen Menschen begründet.

Daraus ergeben sich für die Kolleg*innen der Beratungspraxis, mit denen sich die BAG RelEx in unterschiedlichen Formaten im engen und vertrauensvollen Austausch befindet, Herausforderungen, die auf den ersten Blick überraschen mögen. So ist es nicht die Belastung von bestehenden Beratungsbeziehungen durch den Konflikt oder eine höhere Emotionalität, die im Kontext von Beratungen aufzufangen und zu bearbeiten sind, sondern im Wesentlichen zwei Aspekte, welche die Berater*innen in den letzten Monaten an ihre Grenzen oder auch darüber hinaus gebracht haben. Zum einen ist es die schiere Masse an Anfragen, welche die Beratungsstellen zu bewältigen haben. Zum anderen spüren die Berater*innen eine enorme Verantwortung bezüglich einer Weiterbearbeitung oder Beendigung einer der vielen Anfragen. Denn um die Zahl der Anfragen auch nur annähernd bewältigen zu können, müssen sie schnelle Entscheidungen treffen, bei denen sich die Frage stellt, ob die erste und kurze Einschätzung eines Sachverhalts die richtige war.

Bezüglich laufender Beratungen und neu aufgenommener Beratungsfälle spielt der Nahostkonflikt aktuell jedoch keine bzw. eine sehr untergeordnete Rolle. Berater*innen berichten, dass Klient*innen sich innerhalb der Beratungsprozesse vor allem mit sich selbst und der Bewältigung ihrer eigenen Situation auseinandersetzen und der Nahostkonflikt sowie dessen Verhandlung in Deutschland keine größere Relevanz für diese Prozesse entfalten. Fast ausnahmslos stellen sich die Fachkräfte jedoch

Prävention ist immer vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Debatten und Konfliktlagen zu verorten und wird von diesen beeinflusst.

die Frage, welche Auswirkungen die aktuelle Situation auf das Radikalisierungsgeschehen der nächsten Jahre haben wird. Zwar wird aus einer Vielzahl von Gründen keine Ausreisewelle erwartet, wie sie sich in den 2010er-Jahren nach Syrien und in den Irak gezeigt hat. Es wird jedoch aufgrund des gesellschaftlichen Umgangs sowie der politischen und medialen Bearbeitung des Themas, die durch extremistische Gruppen unterschiedlicher Ideologien in ihrer Ansprache genutzt werden, mit einer zukünftigen Zunahme der Radikalisierung junger Menschen gerechnet.

Herausforderungen und Chancen für Präventionsakteure

Präventionsakteure stehen vor der Herausforderung, Antisemitismus und den Nahostkonflikt mit allen Zielgruppen, auch arabisch/muslimisch gelesenen Communitys, zu bearbeiten. Gleichzeitig gilt es, dabei den Kontext polarisierender gesellschaftlicher Debatten, die ein pauschalisierendes Bild muslimisch und arabisch gelesener Menschen vermitteln, nicht außer Acht zu lassen. Denn diese Debatten verstärken Ablehnungserfahrungen bei den so in den Blick genommenen Jugendlichen. Eine der größten Herausforderungen besteht aktuell darin, antisemitische Einstellungen zu bearbeiten, ohne gleichzeitig rassistische Ressentiments zu bedienen und ohne muslimisch/arabisch gelesenen Personen das Gefühl zu geben, dass nur ihnen antisemitische Einstellungen zugeschrieben werden. Wenn Präventionsakteure jedoch multiple Perspektiven in ihrer Arbeit einbeziehen und mit Jugendlichen das offene Gespräch suchen, sehen sie sich teils mit Vorwürfen konfrontiert, Antisemitismus und Islamismus zu verharmlosen oder mit dem Hinweis auf Diskriminierung und Rassismus zu relativieren (Müller, 2023).

Über den Nahostkonflikt und Antisemitismus zu sprechen, ist durch die gesellschaftliche Polarisierung und die Emotionalisierung des Themas noch schwieriger geworden als zuvor. Durch den Terrorangriff der Hamas sind die Aufmerksamkeit für das Phänomen Islamismus und damit auch Anfragen an Präventionsakteure enorm gestiegen. Bei zivilgesellschaftlichen Trägern ist in der Folge die Arbeitsbelastung stark gewachsen, jedoch meist ohne dass personelle sowie finanzielle Ressourcen adäquat der Situation angepasst wurden. Zudem stehen Präventionsakteure durch die starke öffentliche Aufmerksamkeit für den Nahostkonflikt und damit verbundene islamistische Radikalisierungsprozesse unter starkem Erwartungsdruck, als „Feuerlöscher“ zu agieren. All das hat die Bedingungen für Präventionsarbeit in den letzten Monaten erschwert.

Nach dem 7. Oktober haben sich jedoch auch neue Chancen für Prävention und Demokratieförderung ergeben. Fachkräfte berichten, dass die Hochkonjunktur der Aufmerksamkeit für das Thema Islamismus auch zur Folge hat, dass die Offenheit für außerschulische Präventions- und Demokratieförderungsangebote vielerorts gestiegen ist. Es existiert eine höhere Bereitschaft, z. B. von Schulen, Beratungsangebote und Präventionsprojekte anzunehmen und dafür zeitliche Ressourcen bereitzustellen. Die aktuelle Krisensituation kann somit auch als Türöffner dienen, um neue, im besten Fall langfristige Kooperationen zu etablieren.

Auch können das große Interesse am israelisch-palästinensischen Konflikt und die aktuelle Bereitschaft vieler, sich für Demokratie und für Frieden im Nahen Osten einzusetzen, nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance für Präventionsakteure betrachtet werden. Diskussionen über den Konflikt bieten gute Anknüpfungspunkte für Fachkräfte, auch über kritische Positionen ins Gespräch zu kommen und junge Menschen darüber hinaus in ihrem Engagement für Demokratie zu bestärken.

Handlungsstrategien & Veränderungsbedarf

In der Präventionslandschaft existieren bereits vielfältige Projekte und Ansätze zum Thema *Nahostkonflikt*, die sich bewährt haben. Die Situation nach dem 7. Oktober hat jedoch verdeutlicht, dass noch mehr Wissensvermittlung zu diesem Thema benötigt wird. Genauso wichtig erscheint es, mehr Räume zu schaffen, in denen offen diskutiert werden kann und vielfältige Perspektiven Gehör finden. Dies gilt insbesondere für den Schulkontext, da dieser für viele Jugendliche einer der wenigen Orte ist, an dem sie mit gegensätzlichen Meinungen konfrontiert werden. Unterschiedliche Betroffenheiten, auch und gerade in Deutschland müssen dabei berücksichtigt werden. Das schließt die postna-

Diskussionen über den Konflikt bieten gute Anknüpfungspunkte für Fachkräfte, auch über kritische Positionen ins Gespräch zu kommen und junge Menschen darüber hinaus in ihrem Engagement für Demokratie zu bestärken.

tionalsozialistische Dimension der deutschen Debatte um den Nahostkonflikt ebenso ein wie die Realität einer postmigrantischen Gesellschaft in Deutschland mit all ihren unterschiedlichen Perspektiven. Unterschiedliche Perspektiven zu Wort kommen zu lassen, bedeutet nicht, allen Positionen gegenüber neutral sein zu müssen – menschenfeindliche Haltungen müssen klar als solche benannt und diesen widersprochen werden (Fereidooni, 2024). Jedoch können Jugendliche nur lernen, andere Positionen zu hören, anzuerkennen, auszuhalten und darüber zu diskutieren, wenn diese überhaupt erst artikuliert werden dürfen. Daher darf das Sprechen über den Konflikt im Allgemeinen und den Angriff der Hamas im Besonderen nicht tabuisiert werden, wie es nach dem 7. Oktober teilweise geschehen ist. Dabei gilt es, sowohl den terroristischen Angriff der Hamas zu verurteilen und dessen Opfer anzuerkennen als auch über das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung im anschließenden Gazakrieg zu sprechen. Durch den Fokus auf Empathie und Multiperspektivität kann polarisierten öffentlichen Diskursen entgegengewirkt werden. Fachkräfte sind hierbei nicht weniger als ihre Zielgruppen aufgerufen, ihre eigene Positionierung in Bezug auf diesen Konflikt, der so häufig als Projektionsfläche dient, zu reflektieren.

Angesichts des enormen Anstiegs islamistischer Inhalte mit direktem Bezug zum Angriff der Hamas und zum Gazakrieg in den sozialen Medien werden außerdem mehr und vor allem langfristige Projekte für Medienbildung und Onlineprävention (z.B. digital streetwork) benötigt, um Desinformation, Islamismus und Antisemitismus in den sozialen Medien etwas entgegenzusetzen.

Rahmenbedingungen erfolgreicher Präventionsarbeit

Präventionsarbeit wird immer von gesamtgesellschaftlichen Debatten beeinflusst. Die nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 enorm polarisierten Diskussionen in Deutschland in Bezug auf den Gazakrieg und den Nahostkonflikt erschweren die Bedingungen für erfolgreiche zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit. Islamist*innen wissen die aufgeheizte Stimmung für sich zu nutzen, um Anhänger*innen zu gewinnen. Differenzierte Stimmen in der öffentlichen Debatte müssen daher lauter werden, zudem muss anerkannt werden, dass Antisemitismus und (antimuslimischer) Rassismus gesamtgesellschaftlich und nicht lediglich in bestimmten (konstruierten) Gruppen verbreitet sind.

Auch ist eine langfristige Förderung zivilgesellschaftlicher Demokratiearbeit und von Präventions- und Monitoringprojekten gefragt. Islamistische Mobilisierungsschübe wurden immer wieder von dramatischen Ereignissen (z.B. dem 11. September 2001) ausgelöst (KN:IX, 2024). Das Phänomen Islamismus verläuft demnach in langfristigen Wellenbewegungen. In Konsequenz muss Islamismusprävention kontinuierlich gefördert werden, um auf Entwicklungen, wie gerade ausgelöst durch den Nahostkonflikt, schnell und professionell reagieren zu können. Es ist wenig nachhaltig, stattdessen abhängig von der Aufmerksamkeitskonjunktur neue, kurzfristige Projekte zur Bekämpfung bestimmter Phänomene zu fördern, die gerade im gesellschaftlichen und politischen Fokus stehen.

Unabhängig von der Zuspitzung des Nahostkonflikts nach dem 7. Oktober sind dieser und andere globale Konflikte langfristig wiederkehrende Themen für Präventionsarbeit. Akteur*innen unterschiedlicher Facetten des islamistischen Spektrums nutzen Konflikte wie den Nahostkonflikt für sich und sprechen mit ihren Inhalten in Deutschland vor allem Personen an, die das Gefühl haben, ihre Perspektive werde in öffentlichen Debatten nicht wahrgenommen. Prävention ist gefragt, der islamistischen Instrumentalisierung z. B. des Nahostkonflikts entgegenzuwirken und alternative Angebote zu schaffen, die sich an demokratischen Werten orientieren. Indem eben jene Konflikte aufgegriffen werden, werden konstruktive, multiperspektivische Diskussionen ermöglicht und die Zielgruppen für die Instrumentalisierung dieser Konflikte durch extremistische Akteur*innen sensibilisiert. Der digitale Raum sollte dabei immer mitgedacht werden. Damit wirken Demokratieförderung und Islamismusprävention gesellschaftlicher Spaltung und Ausgrenzung entgegen und tragen somit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Literatur

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2023). Auswirkungen des Terrorangriffs der HAMAS gegen Israel auf die Sicherheitslage in Deutschland. Abgerufen von: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/presseinformation-2023-8-nahost.html> [15.07.2024].

El-Menouar, Yasemin (2024). Muslimfeindlichkeit in Deutschland. Ein gesellschaftliches Lagebild. Ligante #7, S. 16–22.

El-Menouar, Yasemin & Vopel, Stephan (2023). Antisemitismus, Rassismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein Blick auf Deutschland in Zeiten der Eskalation in Nahost. Religionsmonitor kompakt. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Abgerufen von: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ORZ_BS-0302_Religionsmonitor_kompakt_web.pdf [15.07.2024].

Fereidooni, Karim (2024). Hamas-Terror, Gaza-Krieg und Nahostkonflikt: 50 Handlungsmöglichkeiten für Lehrer*innen. Abgerufen von: <https://www.ufuq.de/aktuelles/der-nahostkonflikt-im-unterricht-50-handlungsmoeglichkeiten-fuer-lehrerinnen> [15.07.2024].

Hartwig, Friedhelm, Seelig, Johanna, Jung, Elena & Ahmed, Mahdi (2023). Monitoring der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE). Quartalsbericht 4/2023. Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen von: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_Basismonitoring_QB4_2023.pdf?download=1 [15.07.2024].

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) (Hrsg.) (2021). KN:IX Report 2021: Herausforderungen, Bedarfe und Trends im Themenfeld. Abgerufen von: <https://kn-ix.de/publikationen/report-2021/> [15.07.2024].

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) (Hrsg.) (2024). KN:IX talks Folge #22: Der Nahostkonflikt als Katalysator für Islamismus? Wie Hamas, IS und Al-Qaida den Nahostkonflikt instrumentalisieren und wo sie sich widersprechen. Abgerufen von: <https://kn-ix.de/podcast/folge-22/> [15.07.2024].

Korge, Johannes/dpa (2023). Seit Terrorangriff der Hamas Bundeskriminalamt meldet drastisch mehr antisemitische Straftaten. Der Spiegel (online), 29.12.2023. Abgerufen von: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/antisemitismus-bundeskriminalamt-meldet-drastisch-mehr-straftaten-seit-hamas-angriff-a-962ea45d-9e72-4dcc-802d-1839570c7163> [15.07.2024].

Müller, Jochen (2023). Politik und Pädagogik – Ein Zwischenruf in eigener Sache. Abgerufen von: <https://www.ufuq.de/aktuelles/politik-und-paedagogik-nahostkonflikt/> [15.07.2024].

Schlünz, Anika (2023). Markus Söder: Migranten, die sich nicht integrieren, sollen deutschen Pass abgeben. Berliner Zeitung, 06.11.2023. Abgerufen von: <https://www.berliner-zeitung.de/news/soeder-migranten-die-sich-nicht-integrieren-sollen-deutschen-pass-abgeben-li.2156032> [15.07.2024].

Schnabel, Deborah & Berendsen, Eva (2024). Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz. Bildungsstätte Anne Frank. Abgerufen von: https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres_P%C3%A4dagogisches_Material/TikTok_Studie-Bildungsst%C3%A4tte_2024-WEB.pdf [15.07.2024].

Schubert, Kai E. (2021). Impuls #1: Reflexionen über den Nahostkonflikt als Thema der selektiven und indizierten Präventionsarbeit. Abgerufen von: <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-1/> [15.07.2024].

Auswirkungen des Anschlags vom 7. Oktober 2023 an Schulen

Einblicke in die Arbeit der Praxisstelle Bildung und Beratung gegen Antisemitismus

Désirée Galert, KIgA e. V.

Seit Jahren begleitet der Themenkomplex „Nahostkonflikt“ und damit in Verbindung stehend israelbezogener Antisemitismus die tägliche Arbeit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, KIgA e. V., und speziell der Praxisstelle Bildung und Beratung.

Im Folgenden wird auf die spezifischen Herausforderungen an Schulen seit dem 7. Oktober 2023 und auf dessen Auswirkungen für das Team der KIgA selbst eingegangen. Dabei wird diskutiert, welche Umgangsformen und pädagogischen Ansätze sich als sinnvoll erwiesen haben und welche Fallstricke es gibt. Zudem wird darauf eingegangen, welche Bedarfe von unterschiedlichen Zielgruppen artikuliert wurden und wie Best-Practice-Beispiele aussehen könnten. Die Auseinandersetzung mit dem „Nahostkonflikt“ und die damit in Verbindung stehenden Problemkonstellationen sind hochaktuell, geopolitisch brisant, für viele Menschen Teil ihrer Identität und haben auch in Deutschland eine immer größere Bedeutung. In diversen Projekten der KIgA spielte und spielt das eine gewichtige Rolle.¹⁴

Die Praxisstelle wurde 2018 vom Berliner Senat als Reaktion auf die Zunahme antisemitischer Vorfälle als zentrale Anlaufstelle für Berliner Schulen gegründet. Schwerpunkte sind Beratung, Durchführung von Projekttagen und Fortbildung von Lehrkräften sowie die Qualifizierung von Teamer*innen für den Einsatz in Schulen. Am häufigsten werden Schulveranstaltungen zum Themenfeld „Nahostkonflikt“/israelbezogener Antisemitismus angefragt, gefolgt von Verschwörungsideologien. Dies ist einem heterogenen Lernumfeld geschuldet; manche Klassen bestehen vollständig aus muslimisch sozialisierten Schüler*innen, in vielen Klassen bestehen mehrheitlich familiäre Bezüge zur Region Israel/Palästina.

Sobald bestimmte Ereignisse in der Region passieren, wie z. B. eine der schwersten militärischen Auseinandersetzungen seit 2014 im Mai 2021, findet dies auch Eingang in die Schulen und wird dort verhandelt. Bemerkenswert ist hierbei, wie damit auf welcher Ebene umgegangen wird.

Erhöhtes Beratungsaufkommen: Zur Situation direkt nach dem 7. Oktober 2023

Die Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 und ihre Nachwirkungen stellen in der Auseinandersetzung mit dem „Nahostkonflikt“ eine Zäsur da. Die Anfragen nach Fortbildungen und Angeboten für Schüler*innen sind so sprunghaft gestiegen wie noch nie zuvor. Dadurch änderten sich die Arbeitsroutinen und die Arbeitsbelastung bei der KIgA enorm. Hinzu kamen große emotionale Herausforderungen vor allem für jüdische Kolleg*innen oder für die freiberuflichen Teamer*innen, welche die vielfältigen Angebote der Praxisstelle Bildung und Beratung an Schulen durchführen. Bereits am Wochenende des 7./8. Oktobers 2023 gab es erste Beratungsanfragen von Lehrkräften. Sie hatten Angst, in die Schulen zu gehen und sich mit starken Reaktionen konfrontiert zu sehen und die aufkommenden hoch emotionalisierten Debatten nicht angemessen führen zu können.

¹⁴ Bei „Discover Diversity – between the present and the past“ wurde politische Bildung mit und für geflüchtete(n) junge(n) Menschen konzipiert. Gemeinsam mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) vergab die KIgA mehrmals den EVZ Foundation Award for Jewish-Muslim Solidarity und vor Kurzem erschien das interviewbasierte Buch „Ich sehe was, was du nicht siehst. Deutschland. Israel. Einblicke.“ (KIgA, 2024).

Auch die Art der Beratung veränderte sich insofern, als anstatt klassischer Projekttag deutlich öfter unmittelbar beraten und interveniert werden musste, teilweise direkt aus dem jeweiligen Setting heraus, z. B. in den Pausen zwischen den Schulstunden. Zudem wurden mit einem Vorlauf von 1–2 Tagen kurzfristig Austauschrunden angesetzt. Zwischen dem 7. Oktober 2023 bis Jahresende fanden zusätzlich 800 Einzel- und Gruppenberatungen statt: persönlich, per Telefon und per E-Mail. Das ist ungefähr siebenmal mehr als die durchschnittliche Anzahl an jährlichen Beratungen.

Bedarfe und Herausforderungen: Eine erste Einordnung

Die Reaktionen auf die Terroranschläge und deren Auswirkungen an den Schulen waren sehr divers und reichten von einer Nichtthematisierung von Schüler*innen und/oder Lehrkräften über eine tägliche Auseinandersetzung mit der Thematik, von extern begleitet oder lediglich schulintern bis hin zu körperlichen Auseinandersetzungen. Neben großen Unsicherheiten seitens der Lehrkräfte in Bezug auf die Thematisierung der Geschichte des Konflikts oder den Umgang mit der aktuellen Situation waren vor allem sehr viel persönliche Betroffenheit und Engagement festzustellen, sich dem Thema empathisch und nachhaltig zu widmen.

Dies spiegelte sich auch bei den freiberuflichen Teamer*innen der Praxisstelle wider, zu denen sowohl jüdische als auch muslimische Teamer*innen gehören. Viele der Teamer*innen sind politisch aktiv, engagieren sich z. B. für LGBTQI+-Rechte und beschäftigen sich seit Jahren mit dem „Nahostkonflikt“, israelbezogenem Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus. Das beinhaltet diverse Dilemmasituationen und führt mitunter zu Identitätskonflikten. Der gemeinsame Austausch zu den Terroranschlägen der Hamas und der Situation der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gazastreifen war und ist enorm wichtig, um Emotionen artikulieren zu können und sich gegenseitig zu stärken. Zudem startete in der Zeit eine neue Qualifizierungsreihe für den Einsatz in Schulen und in der Woche nach den Terroranschlägen waren die zwei Module zum Thema „Nahostkonflikt“/israelbezogener Antisemitismus angesetzt. Aufgrund der Aktualität des Themas wurden die Module trotzdem durchgeführt, aber entsprechend angepasst, indem z. B. die aktuelle Situation in den Schulen sowie der Einsatz und die Zweckmäßigkeit spezifischer pädagogischer Zugänge reflektiert wurden.

Die Themen der Austauschrunden, Fortbildungen und Projekttag mit diversen Zielgruppen waren vielfältig und bestimmte Problemkonstellationen wurden sowohl bei Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen als auch bei Schüler*innen gleichermaßen deutlich. Es zeigte sich erneut, dass der Austausch zwischen unterschiedlichen Ebenen in Schulen und außerschulischen Trägern unabdingbar ist, um sinnvolle Handlungsoptionen auszuloten, Strategien für einen diskriminierungs- und antisemitismussensiblen Umgang mit den Schüler*innen, aber auch zwischen Kolleg*innen zu entwickeln und Präventionskonzepte neu zu denken oder überhaupt an der jeweiligen Schule zu implementieren. Daraus ist eine Handreichung entstanden. Sie dient Schulen als Orientierung, wie ein sinnvoller Umgang mit der aktuellen Situation aussehen kann und welche Fallstricke zu berücksichtigen sind (KIgA, 2023).

Désirée Galert

studierte in Berlin und Griechenland Islamwissenschaft, Politikwissenschaft und Ethnologie mit dem Abschluss Magistra Artium an der Freien Universität Berlin. Ihre Schwerpunkte sind Kultur und Religion in säkularen und liberalen Gesellschaften, In- und Exklusionsmechanismen, antimuslimischer Rassismus, interreligiöser Dialog und Anerkennungspolitik religiöser Minderheiten im christlich geprägten Europa und Deutschland. Bevor sie zur KIgA kam, war sie u. a. bei EPIZ Berlin und der Registerstelle Berlin-Mitte tätig, welche unter anderem rassistische, antisemitische, islamophobe und homophobe Vorfälle registriert und dokumentiert. Bei der KIgA hat sie seit 2018 die Leitung und Koordination der Praxisstelle Bildung und Beratung inne, die vom Berliner Senat für Schulen eingerichtet wurde, um bei antisemitischen Vorfällen beratend zur Seite zu stehen. Weiterhin entwickelt, implementiert und evaluiert sie Workshops und Projekttag für Lehrkräfte und Schüler*innen sowie Methodenschulungen für die Teamer*innen der KIgA.

Das „Nicht-Darüber-Sprechen-Können“ und seine Auswirkungen

Besonders auffällig war und ist die Angst der Lehrkräfte, mit den Schüler*innen in Gespräche zu gehen. Das berührt insbesondere den (Nicht-)Umgang mit Emotionen, sowohl mit den eigenen als auch mit denen der Schüler*innen: Trauer, Wut, Betroffenheit, Angst, Hilflosigkeit.

Daran gekoppelt ist eine permanente Überforderung mit dem Themenkomplex „Nahostkonflikt“ und dem Verstehen-Können diverser Positionen und Konfliktlinien. Auch wenn es nicht alle Lehrkräfte gleichermaßen betrifft und es viele gibt, die sich sowohl der Bedeutung des Konflikts als Lebensrealität vieler Menschen in Deutschland als auch der Notwendigkeit bewusst sind, sich damit auseinanderzusetzen: Dieses Phänomen ist nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 zu beobachten, sondern zieht sich wie ein roter Faden durch die Debatten. Auch Geschichtslehrkräfte

*Der Ansatz, eine offene und diskriminierungssensible Gesprächsatmosphäre zu schaffen, in der sich die Schüler*innen mit ihren Fragen und Emotionen öffnen können, hat sich bewährt.*

geben selbstkritisch an, viel zu wenig darüber zu wissen. Sie sind daher in der Konsequenz nicht in der Lage, adäquat auf problematische Äußerungen und Falschinformationen vonseiten der Schüler*innen und mitunter auch Kolleg*innen zu reagieren sowie rote Linien in der Gesprächsführung zu erkennen, welche die Grenzen zum Antisemitismus markieren. Lehrkräfte aus anderen Fachbereichen, bei denen es keine offensichtlichen Berührungspunkte zur Thematik gibt, beschreiben oft ihre Ohnmacht. Diese führte dazu, das Thema bewusst nicht anzusprechen und zu hoffen, dass auch die Schüler*innen dies nicht tun würden. So gab es noch Anfang 2024 Lehrkräfte in Fortbildungen, die es aus ihrer Perspektive erfolgreich geschafft hätten, das Thema „Nahostkonflikt“/israelbezogener Antisemitismus, die Terroranschläge der Hamas, die Situation der israelischen Geiseln und der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu umschiffen.

Diese Haltung des Nicht-Darüber-Sprechen-Wollens oder -Könnens, insbesondere aus einer machtvolleren Position heraus, führte zu sehr viel Unmut und starken Reaktionen unter den Schüler*innen. Es waren einige Schulpsycholog*innen in den Austauschrunden dabei, die berichteten, dass sie wegen anderer Themen zu persönlichen Gesprächen mit Schüler*innen an die Schulen kamen und sich unmittelbar und unvorbereitet mit diversen Emotionen im Nachgang der Terroranschläge auseinandersetzen mussten. Die Schüler*innen artikulierten, sie hätten sonst keinen anderen Raum dafür, mit den Lehrkräften könnten sie nicht darüber sprechen, weil sich diese jeglichen Gesprächen verweigern würden.

In einer von der Praxisstelle angebotenen Onlineaustauschrunde mit 80 Teilnehmenden war eine jüdische Lehrkraft anwesend, die sich an ihrer Schule vonseiten der Schulleitung und ihres Kollegiums mit der Situation allein gelassen fühlte. Sie sah sich zunächst in der Vorstellungsrunde gezwungen, ein Plädoyer für Menschlichkeit zu halten, was zu sehr vielen Emotionen in der Gruppe führte. Das begleitende Team gab der Lehrkraft zu verstehen, dass dies in diesem Raum als betroffene Person nicht notwendig sei und sie hier mit 79 weiteren Menschen im Raum sei, die das Thema auch berühre, die es ebenfalls wichtig fänden und sich gegen Antisemitismus einsetzen würden.

Inhaltliche Einordnung und Wissensvermittlung

Ähnliche Fälle wurden vielfach in diversen Beratungssettings offenbar. Das berührt einen wichtigen Punkt: Die deutliche Verurteilung des Angriffs der Hamas als Terrorakt mit islamistischer Motivation blieb vielerorts aus. Dass vor allem junge Menschen des Nova-Musikfestivals und viele Friedensaktivist*innen in den Kibbuzim Be'eri und Kfar Aza getötet oder als Geiseln genommen wurden, wurde kaum in Beziehung dazu gesetzt. Das wirft Fragen der eigenen Haltung zu Menschenrechten auf. Hinzu kommt eine große Unwissenheit über die Hamas selbst als Ableger der Muslimbruderschaft, welche Ziele sie z. B. ausgehend von ihrer Charta verfolgt, dass sie im Vergleich zur El Fatah in den palästinensischen Autonomiegebieten eine dezidiert religiös-islamistische Partei ist und dass nicht alle Palästinenser*innen Hamas-Anhänger*innen sind (Steinberg, 2023). Viele Schüler*innen hätten diese Orientierung vonseiten der Lehrkräfte gebraucht. In der Regel waren die Lehrkräfte die Bezugspersonen, die von den Schüler*innen mit Fragen überhäuft wurden auf der Suche nach Unterstützung, um die Komplexität des Konflikts in Ansätzen zu begreifen. Notwendig wäre dies vor allem auch angesichts von Fake News im virtuellen Raum gewesen wie z. B. bei TikTok, Instagram und YouTube sowie monoperspektivischer Berichterstattung durch staatsnahe ausländische Medien, die mitunter im Elternhaus konsumiert werden.



Auf der Ebene kurzfristiger Interventionen rief uns eine Lehrkraft in einer 5-Minuten-Pause an. Nicht arabischsprachige muslimisch sozialisierte Schüler*innen zeigten ihr, ohne Kenntnis der Quelle, eine vermeintliche Sure aus dem Koran. Mit diesem Text sollte bewiesen werden, dass es nun sinngemäß zum Jüngsten Tag zwischen Jüdinnen und Juden und Muslim*innen gekommen sei. Das Team der Praxisstelle übersetzte den arabischen Text und ordnete ihn ein. Es handelte sich wie vermutet nicht um eine Sure aus dem Koran, und tatsächlich konnte die Lehrkraft im Laufe der nächsten Tage kritisch mit den Schüler*innen ins Gespräch gehen, die sich dann auch einsichtig zeigten. Einerseits ist das ein gelungenes Beispiel dafür, wie die gemeinsame Auseinandersetzung mit vermeintlich validen Informationen zu einer Dekonstruktion von Fake News führen kann. Da dies jedoch kein Einzelfall war, stellt sich andererseits die Frage, wie Lehrkräfte flächendeckend auf solche Situationen vorbereitet werden können, wenn nicht unmittelbar die Expertise außerschulischer Träger in Anspruch genommen werden kann.

Hier wird zudem eine andere Problemlage sichtbar: die Normalisierung extremistischer Diskurse und die Fehlinterpretation religiöser Grundlagen. Oft ist es schwierig, vor allem für Lehrkräfte, dies zu erkennen oder zu unterscheiden. In der Regel sind diese Haltungen jedoch kein Ausdruck einer bewussten und spezifischen Koranauslegung durch die Schüler*innen selbst, sondern sie fußen auf einem ungenauen Wissen über den Islam oder über die Inhalte des Korans sowie einer falschen oder verkürzten Vermittlung religiöser Grundlagen durch in vielen Fällen nicht näher zu bestimmende Instanzen.

Überlagerung mit anderen Themen

Thematisch ging es nach dem 7. Oktober 2023 vonseiten der Schulen ausschließlich um den „Nahostkonflikt“, israelbezogenen Antisemitismus und den Umgang mit der aktuellen Situation. Erst seit Ende des Jahres verschob sich der Fokus leicht von der Auseinandersetzung mit vielfältigen und starken Emotionen hin zur Wissensvermittlung über die Konfliktgeschichte und intensiveren Dekonstruktion von einseitigen Narrativen.¹⁵

Die Frage nach geschützten Räumen für diverse Zielgruppen wird in der Regel zu selten gestellt.

Diese Verschiebung ist nicht immer stringent, weil sich die Art der Angebote tagesaktuell stark verändern kann, sobald bestimmte Ereignisse in der Region stattfinden und medial auf spezifische Weise vermittelt werden. Dadurch werden jedoch andere Themen überlagert, die ebenfalls bedeutsam sind; im Schulkontext bekommen sie in der Regel nicht die Aufmerksamkeit, die notwendig wäre, um z. B. Schüler*innen widerständiger gegen menschenverachtende Haltungen zu machen. Beispielweise sollte sich eine bereits vor dem 7. Oktober 2023 angesetzte Fortbildung für Lehrkräfte anlässlich des Gedenktags der Novemberpogrome 1938 auf Wunsch der Schule mit dem „Nahostkonflikt“ und dem Umgang mit der aktuellen Situation widmen und nicht, wie ursprünglich geplant, dem sekundären Antisemitismus und der (Nicht-)Erinnerung an die Shoah. Die Fallstricke dessen waren der Schule nicht bewusst.

Daran anknüpfend wird oft nicht genug reflektiert, dass sich jüdische Schüler*innen und Lehrkräfte an der Schule befinden, was nicht immer offensichtlich ist, die aber geschützt werden müssen. Die Frage nach geschützten Räumen für diverse Zielgruppen wird in der Regel zu selten gestellt. In den Projekttagen zeigte sich außerdem, dass sehr viele Schüler*innen nichts von dem durch *CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft* bei einem Treffen im November 2023 aufgedeckten Geheimplan gegen Deutschland der Neuen Rechten mitbekommen hatten. Demnach war ihnen auch nicht klar, wie dadurch die Demokratie angegriffen wird, welche menschenverachtenden und rassistischen Implikationen dieser Plan hat und welches Gefühl von Unsicherheit und Ausgrenzung dies bei Menschen auslöst, die keine deutsche Herkunftsgeschichte haben. Ebenso verhielt es sich mit der Wahl des ersten von der AfD gestellten Oberbürgermeisters in Pirna/Sachsen im Dezember 2023. Vonseiten der Schule wurde dies kaum thematisiert.

Durch die emotionale Aufladung des „Nahostkonflikts“, nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 und seinen Auswirkungen, entsteht oft eine Schiefelage, was Bedarfe, zielgruppenorientierte Maßnahmen und die Setzung von Themenschwerpunkten anbelangt und unterschiedliche Dilemmata sichtbar macht. Andere internationale Konflikte wie der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine oder die aktuelle Situation auf dem Balkan, die z. B. Schüler*innen aufgrund ihrer persönlichen Bezüge betreffen, treten dadurch oft in den Hintergrund. In einer heterogenen Klassengemeinschaft wird das spätestens dann zum Problem, wenn sich die betreffenden Schüler*innen nicht genügend aufgefangen oder gehört fühlen und sich in der Folge zurückziehen. In einer klassenübergreifenden Austauschrunde mit Schüler*innen berichtete ein türkischstämmiger Schüler, dass sein Vater ihm verboten hätte, auf einer propalästinensischen Demonstration in Berlin mitzulaufen, mit der Begründung: „Wenn bei uns in der Türkei Menschenrechte mit Füßen getreten werden, geht hier auch niemand für uns auf die Straße.“ Der Schüler verurteilte die Ermordung von Zivilist*innen, vor allem von Kindern und Frauen, durch die Hamas scharf, hätte aber gern aus Solidarität gegenüber seinen palästinensischen Freunden auf die humanitäre Lage der palästinensischen Zivilbevölkerung aufmerksam gemacht.

Best-Practice-Beispiele und Ausblick

Das Team der Praxisstelle führte vielfältige Gespräche mit Schüler*innen, die gemessen an der schwierigen Ausgangslage produktiv waren. Trotz der allgemeinen Belastung und Anstrengung sowie persönlicher Betroffenheit lohnte sich dieses intensive Engagement. Es gab viele gute Momente in den diversen Settings, in denen z. B. Empathie gezeigt oder entwickelt und Verständnis für diverse Perspektiven deutlich wurde. Diskussionen um die Bedeutung von Solidarität führten in vielen Fällen zu einem kritischen und selbstreflexiven Hinterfragen einseitiger Solidaritätsbekundungen. Dies spiegelten wir den Lehrkräften und auch den freiberuflichen Teamer*innen regelmäßig. Die Bedeutung der Beziehungsarbeit und ein aktiver Umgang mit Emotionen werden insbesondere beim Themenkomplex „Nahostkonflikt“ sichtbar. Krieg, Leid, Terror und damit diskursiv verknüpft antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus in Deutschland sind Phänomene, die einen Großteil der Schüler*innen und Lehrkräfte bewegen und betreffen. Verstärkt wird das durch die Flut an gewaltvollen Bildern, denen sich kaum jemand entziehen kann und die vor allem von jungen Menschen nicht adäquat verarbeitet werden können. Durch die Bewusstmachung und Einbeziehung von Emotionen entwickeln sich Individuen überhaupt erst zu politischen Subjekten (Besand et al., 2019); eine Erkenntnis, die etwa im Bereich der Demokratiepädagogik besonders wertvoll sein kann.

¹⁵ Im Zuge dessen wurde die Unterseite „75 Jahre Staatsgründung Israel“ der Bildungsplattform *Anders Denken* weiter mit Materialien bestückt (*Anders Denken*, o. J.).

Der Ansatz, eine offene und diskriminierungssensible Gesprächsatmosphäre zu schaffen, in der sich die Schüler*innen mit ihren Fragen und Emotionen öffnen können, hat sich bewährt. Dies zeigt sich oft schon direkt zu Beginn eines Projekttags: Schüler*innen fassen trotz der kurzen Kennenlernphase schnell Vertrauen. Ein besonderer Fokus von Präventionsangeboten sollte auf der Stärkung von Widerspruchstoleranz, auf der Wahrnehmung und Reflexion vielfältiger Perspektiven und auf der Entwicklung von Handlungsoptionen für ein demokratisches Miteinander im Schulkontext liegen. Insbesondere bei der Thematisierung des „Nahostkonflikts“ muss ein Schwarz-Weiß-Denken aufgebrochen werden, um z. B. einseitige Schuldzuweisungen zu vermeiden. Es hat sich gezeigt, dass die Auseinandersetzung mit Friedensbemühungen und -initiativen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen in Israel/Palästina und Deutschland zum einen dazu beiträgt, Gefühle von Ohnmacht zu entkräften. Dass nicht nur auf staatlicher Ebene Politik gemacht wird, sondern ebenso durch eine engagierte Zivilgesellschaft, ist jungen Menschen oft nicht bewusst. Zum anderen wird dadurch entkräftet, es gäbe nur die eine oder die andere Seite, die sich unversöhnlich gegenüberstehen würden.

Als Reaktion auf die Notwendigkeit, Austauschräume für Lehrkräfte zu schaffen, haben wir als Beratungsstelle nach dem 7. Oktober 2023 einen regelmäßigen Jour fixe eingerichtet. Ebenso ist es unabdingbar, dass sich die Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Trägern intensivieren und je nach aktuellen Herausforderungen und Bedarfen anpassen müssen. So sind die Chancen gegeben, gemeinsam nachhaltiger an den jeweiligen Themen zu arbeiten und sich zu unterstützen. Es sollten insbesondere für junge Menschen diskriminierungssensible und effektive Angebote geschaffen werden. Denn diese stärken sie längerfristig, zeigen ihnen Teilhabemöglichkeiten auf und machen sie z. B. widerständiger gegen Widerspruchstoleranz und extremistische Positionen.

Literatur

Anders Denken (o. J.). 75 Jahre Staatsgründung Israel. Abgerufen von: <https://www.anders-denken.info/75-jahre-staatsgruendung-israel> [13.06.2024].

Besand, Anja, Overwien, Bernd & Zorn, Peter (Hrsg.) (2019). Politische Bildung mit Gefühl. Bonn: BpB.

KIGa (2023). Umgang mit dem „Nahostkonflikt“ und der aktuellen Situation an Schulen. Abgerufen von: https://www.kiga-berlin.org/wp-content/uploads/2023/11/240222_KIGa_Handreichung_Screen.pdf [13.06.2024].

KIGa (2024). Ich sehe was, was Du nicht siehst. Deutschland. Israel. Einblicke. Abgerufen von: <https://www.kiga-berlin.org/news/ich-sehe-was-was-du-nicht-siehst-deutschland-israel-einblicke/> [13.06.2024].

Steinberg, Guido (2023). Die Muslimbruderschaft und die Hamas – Zu den ideologischen Wurzeln von islamistischem Judentum und Antisemitismus. Abgerufen von: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023A65/> [02.07.2024].

Über die BAG RelEx

Als Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx) fördern und unterstützen wir die bundesweite Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für eine erfolgreiche und nachhaltige Prävention gegen religiös begründeten Extremismus engagieren. Die BAG RelEx ist anerkannter Träger der politischen Bildung und wurde im November 2016 auf die Initiative von 25 zivilgesellschaftlichen Trägern hin gegründet. Mit inzwischen fast 40 Mitgliedsorganisationen aus dem ganzen Bundesgebiet stehen wir für die große Vielfalt an Ansätzen und Maßnahmen in der Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus und spiegeln die langjährigen Erfahrungen im Arbeitsbereich wider.

Wir verstehen uns als Plattform und Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Politik und Öffentlichkeit. Im Rahmen der BAG RelEx fördern wir die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteuren innerhalb des Themenfeldes des religiös begründeten Extremismus und stärken den Austausch mit Akteuren angrenzender Arbeits- und Phänomenbereiche sowie mit Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Durch verschiedene Formate möchten wir den fachlichen Austausch fördern, Ansätze und Methoden weiterentwickeln und damit das Engagement unserer Mitgliedsorganisationen stärken. Mit Angeboten für eine breitere (Fach)Öffentlichkeit bieten wir die Möglichkeit, Einblicke in die aktuellen Debatten unseres Arbeitsfeldes zu erhalten. Damit wollen wir unter anderem das Bewusstsein für die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements gegen religiös begründeten Extremismus schärfen.

Wir sehen unseren Auftrag in der Verteidigung der Normen und Werte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Grundgesetzes sowie der Demokratie. Ganz vorn stehen dabei die Achtung und der Schutz der Menschenwürde und der mit ihnen verbundenen Rechte sowie das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit. Die BAG RelEx ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig.

Von 2020–2024 sind wir gemeinsam mit ufuq.de und Violence Prevention Network im Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) vertreten. Für unsere Arbeit im Rahmen von KN:IX werden wir durch das Bundesprogramm Demokratie leben! des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Zusätzlich erhalten wir eine Förderung der Landeskommision Berlin gegen Gewalt und im Rahmen des Landesprogramms *Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus*.

Weitere Informationen finden Sie auf www.bag-relex.de.

Wer macht was und wo?

Auf dieser Karte sind unsere Mitgliedsorganisationen und internationalen Kooperationspartnerschaften abgebildet. Viele der Träger haben mehrere Projekte in dem Themenfeld, weshalb hier primär die Träger aufgelistet sind. Weitere Informationen finden Sie auf den trägereigenen Websites oder auf unserer Website.

www.bag-relex.de



1 Kiel

Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.
<https://provention.tgsh.de>

2 Hamburg

basis & woge e. V.
www.basisundwoge.de

Vereinigung Pestalozzi gGmbH
www.legato-hamburg.de
 – Legato – Fach- und Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung

AG Kinder- und Jugendschutz Hamburg e. V. (ajs)
www.ajs-hamburg.de/jugendphase-und-diverse-lebenswelten-jule.html
 – Jugendphase und diverse Lebenswelten

3 Bremen

Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA)
www.vaja-bremen.de/teams/adero

Vereinigung Pestalozzi gGmbH
www.legato-praevention.de/legato-bremen/
 – Legato – Fach- und Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung

4 Berlin

Aktion Courage e. V.
www.schule-ohne-rassismus.org

Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive e. V. (AVP)
www.a-v-p.org/woran-wir-arbeiten/demokratieforderung
 – streetwork@online
 – CEOPS

cultures interactive e. V.
www.cultures-interactive.de

Grüner Vogel e. V.
www.gruenervogel.de

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.
www.gesichtzeigen.de

Interdisziplinäres Zentrum für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung e. V. (IZRD)
www.izrd.de

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. (KIgA)
www.kiga-berlin.org

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V. (RAA Berlin)
www.raa-berlin.de
www.kiez-einander.de

Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.
www.tgd.de/projekte

ufuq.de
www.ufuq.de

Violence Prevention Network gGmbH
www.violence-prevention-network.de

5 Dortmund

Multikulturelles Forum e. V.
www.multikulti-forum.de/de/gesellschaft-praevention

6 Bochum

Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit e. V. (IFAK)
www.ifak-bochum.de
 – Beratungsnetzwerk Grenzgänger
 – Wegweiser. Gemeinsam gegen Islamismus
 – re:vision
 – ExPO – Extremismus Prävention Online

7 Oberhausen und Mülheim an der Ruhr

Ruhrwerkstatt Kultur-Arbeit im Revier e. V.
www.ruhrwerkstatt.net/beratung/wegweiser
 – Wegweiser. Gemeinsam gegen Islamismus

8 Duisburg

Verein für Lebensorientierung e. V. (LeO)
www.leo-ev.org

9 Düsseldorf

Agentur für partizipative Integration (API) gUG
www.api-ug.de

Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V.
www.clearing-schule.de
– ClearNetworking

Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive e. V. (AVP)
www.a-v-p.org/woran-wir-arbeiten/demokratiefoerderung

10 Köln

HennaMond e. V.
www.hennamond.de

Rat muslimischer Studierender & Akademiker e. V. (RAMSA)
www.ramsa-ev.de/projekte

Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.
www.zentralrat.de

Sozialdienst muslimischer Frauen e. V. (SmF)
www.smf-verband.de/projekte/frauen-staerken-frauen-gegen-radikalisierung
– Frauen stärken Frauen – gegen Radikalisierung

180 Grad Wende e. V.
www.180gradwende.de

11 Weimar

cultures interactive e. V.
www.cultures-interactive.de

12 Frankfurt am Main

Violence Prevention Network gGmbH
www.beratungsstelle-hessen.de

13 Saarbrücken

FITT gGmbH
www.yallah-saar.de
– Yallah! Fach- und Präventionsstelle Islamismus und antimuslimischer Rassismus

14 Heidelberg

Mosaik Deutschland e. V.
www.mosaik-deutschland.de

15 Recklinghausen

RE/init e. V.
www.reinit.de/projekte/wegweiser
– Wegweiser. Gemeinsam gegen Islamismus

16 Sersheim

Jugendstiftung Baden-Württemberg
www.demokratievorort.de/prevention
– PREvention – Fachstelle zur Prävention von religiös begründetem Extremismus

17 Stuttgart

Stuttgarter Jugendhaus gGmbH
www.zukunftswelten.net
– Zukunftswelten

INSIDE OUT e. V.
www.io-3.de

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit / Streetwork Baden-Württemberg e. V. (LAG)
www.fexbw.de
– Fachstelle ExtremismUSDistanzierung

18 Augsburg

ufuq.de
www.ufuq.de/bayern

19 Dahmen

CJD Nord e. V.
<https://bidaya-mv.cjd.de/de>
– Fachstelle Bidaya

20 Eupen/Belgien

Internationale Kooperationspartnerschaft

Kaleido Ostbelgien

www.wegweiser.be

– Wegweiser Ostbelgien

21 Halle (Saale)

AVP e. V.

www.ceops.online

– CEOPS

Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH

www.hal-jw.de/bereiche/gewalt-und-radikalisierungspraevention

– Fach- und Beratungsstelle SALAM Sachsen-Anhalt
– Anlaufstelle Distanzierung und Deradikalisierung – Distanz

22 Osnabrück

Vereinigung Pestalozzi gGmbH

www.kommunale-fachberatung.de

– Kommunale Fachberatung

23 Hannover

beRATen e. V. – Verein für jugend- und familienpädagogische Beratung Niedersachsen

www.beraten-niedersachsen.de

24 Magdeburg

Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH

www.hal-jw.de/bereiche/gewalt-und-radikalisierungspraevention

– Fach- und Beratungsstelle SALAM Sachsen-Anhalt
– FRaP

25 Potsdam

Kreuzberger Initiative gegen

Antisemitismus e. V. (KIgA)

www.kiga-brandenburg.org

– Fachstelle Antisemitismus Brandenburg

Impressum

Herausgegeben von

**Bundesarbeitsgemeinschaft religiös
begründeter Extremismus e. V.**

Jamuna Oehlmann, Rüdiger José Hamm
(Geschäftsführung)
Oranienstraße 58
10969 Berlin
Tel: +49 (0)30 921 262 89
info@bag-relex.de
www.bag-relex.de

Redaktion:

Charlotte Leikert, Frederik Braune

Lektorat:

Dr. Philipp Teichfischer
www.text-dr.de

Layout:

agnes stein berlin
www.agnes-stein.de

Fotos:

Cengiz Karahan
www.kastudio.co

Druck:

Druckhaus Sportflieger
www.druckhaus-sportflieger.de

Stand: 01.10.2024

© BAG RelEx

ISSN: 2628-7080

Warum *Ligante*?

Die BAG RelEx versteht sich als zentraler Knotenpunkt in einem Netzwerk, das aus zivilgesellschaftlichen Trägern der Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus besteht. Wir verknüpfen jedoch nicht nur Menschen und Organisationen innerhalb der Trägerlandschaft, sondern stellen auch Verbindungen zu anderen Netzwerken, Institutionen, Arbeitsbereichen und Akteuren auf nationaler und internationaler Ebene her. Ziele sind der Fachaustausch und die Weiterentwicklung des Präventionsbereichs.

Mithilfe unserer Veranstaltungen und der *Ligante* machen wir die Fachdebatten der Präventionslandschaft einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Schließlich fungiert die BAG RelEx als Kontaktstelle für Politik, Verwaltung, Medien und Wissenschaft.

Ligante bedeutet Verknüpfung auf Esperanto. Esperanto ist eine geplante Sprache, die vor dem Hintergrund einer Kommunikation auf Augenhöhe entwickelt wurde. Wir sehen in ihr den Versuch, eine möglichst hierarchiefreie Kommunikation zu ermöglichen.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ beziehungsweise des BAFzA oder der weiteren Fördergeber dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



**BERLIN GEGEN
GEWALT**

Landeskommission
Berlin gegen Gewalt

Die BAG RelEx wird im Rahmen von KN:IX gefördert.



Agentur für partizipative Integration gUG (API) | Aktion Courage e. V. |
Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V. (AGB) | Akzeptanz Vertrauen
Perspektive e. V. (AVP) | Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz
Hamburg e. V. (ajs) | basis & woge e. V. | beRATen e. V. – Verein für jugend- und
familienpädagogische Beratung Niedersachsen | Cultures Interactive e. V. |
Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. – CJD Nord | FITT-Institut für
Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes
gGmbH | Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V. | 180 Grad Wende e. V. |
Grüner Vogel e. V. | Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH | HennaMond e. V. |
IFAK e. V. – Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit |
INSIDE OUT e. V. | Interdisziplinäres Zentrum für Radikalisierungsprävention und
Demokratieförderung e. V. (IZRD) | Jugendstiftung Baden-Württemberg | Kreuzberger
Initiative gegen Antisemitismus KIgA e. V. | Landesarbeitsgemeinschaft Mobile
Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V. | LeO e. V. – Verein für
Lebensorientierung Duisburg | Mosaik Deutschland e. V. | Multikulturelles Forum e. V. |
RAA Berlin e. V. | Rat muslimischer Studierender und Akademiker e. V. (RAMSA) |
RE/init e. V. | Ruhrwerkstatt Kultur-Arbeit im Revier e. V. | Sozialdienst muslimischer
Frauen e. V. (SmF) | Stuttgarter Jugendhaus gGmbH (stjg) | Türkische Gemeinde in
Deutschland e. V. (TGD) | Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V. (TGS-H) |
ufuq.de | Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA e. V.) |
Vereinigung Pestalozzi gGmbH | Violence Prevention Network gGmbH |
Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD)